

Bezugspreis:

Wochenschrift 30.-Mk. monatlich 10.-Mk. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Voll u. Zeit" erscheint wochentags zweimal ...

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Sonnabend, den 14. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Konflikt im Reichswirtschaftsrat.

Zum erstenmal seit seinem kurzen Bestehen gab es im vorläufigen Reichswirtschaftsrat einen offenen Konflikt ...

Die Beratung vor dem großen Ausschuss stand unmittelbar vor dem Abschluß, als Herr Roedike auf den genialen Einfall kam, anzuraten, von einer Beschlusfassung über die zu treffenden Wirtschaftsmassnahmen abzusehen ...

Die Arbeitervertreter aber erkannten, daß dieser Aufschub des endgültigen Beschlusses eine Verzögerung der Notstandsaktionen wäre bis zu einem Zeitpunkt, wo sie vielleicht überflüssig würden ...

Wenn es in später Abendstunde doch gelungen ist, noch eine Verständigung zu finden, so ist das ein Verdienst der Arbeiter, deren Sprecher Wissell und Paul Müller nicht nur in ihren Worten den Willen zu einer Einigung zum Ausdruck gebracht haben ...

Eine Kritik der Ausführungen der einzelnen Redner beruht auf dem Mangel an Raum. Nur so viel muß gesagt werden, daß es nichts nützt, wenn Vertreter des Handels über die Produktionsverhältnisse der Industrie und industrielle Abgeordnete über das Weien des Handels theoretische Vorträge halten ...

Der Wirtschaftsführer muß wissen, daß es im Betriebe der Volkswirtschaft keinen Stillstand der Maschinen und kein Brachliegen der Arbeitskraft ohne Verlust an volkswirtschaftlichen Werten gibt ...

Nach der Vorlesung vom Freitag gehört einiger Optimismus dazu, zu glauben, daß die im Reichswirtschaftsrat vertretene Unternehmerschaft sich dieser Pflicht bewußt ist ...

Wir lassen hier den Bericht über die Verhandlungen folgen:

Die vereinigten Ausschüsse des Reichswirtschaftsrats für Wirtschafts- und Sozialpolitik beschäftigten sich gestern in ihrer Beratung mit den Vorschlägen des Unterausschusses über die Durchführung der produktiven Erwerbslosen-

fürsorge auf Grund des Antrags Wissell. Vor Eintritt in die Tagesordnung stimmte der Ausschuss einer Mitteilung des Reichswirtschaftsministers über die Aufhebung der Höchstpreise für Gummarohstoffe zu ...

Abg. Stadtrat Dumar-München bringt den dringlichen Antrag ein, daß sofort Reichsmittel für den gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden, um diesen vor dem Zusammenbruch zu bewahren ...

Der Ausschuss tritt sodann in die Tagesordnung ein. Abg. Palermeister Hansen-Hamburg beantragt einige Ergänzungen des Berichtes, die angenommen werden ...

Abg. Decht-Berlin (Handelsvertreter) bestreitet, daß der Arbeitslohn nur mit einem Zehntel, die Rohmaterialkosten aber mit neun Zehnteln in dem Warenpreis zum Ausdruck komme ...

Abg. Grünfeld (Handelsvertreter) widerspricht der Auffassung im Bericht, daß der Handel nicht mehr die im Frieden üblichen prozentualen Preiszuschläge nehmen dürfe und wünscht eine Änderung des Berichtes dahin ...

Abg. Reinath: Wenn ein Streik auch nur ein Teilstreik ist, behindert er doch in erheblichem Maße die ungestörte Produktion. Wenn an 100 Tagen im Jahre teils ein Volkstreik, teils ein Teilstreik auf der Produktion lastet, ist es ausgeschlossen, daß die Produkte dieser Industrie billig auf den Markt können ...

Abg. Wissell: Wenn man keine Schutzmaßnahmen auf solche Angaben wie die der Berliner Handelskammer trifft, dann muß man zu unrichtigen Ergebnissen kommen. Die Handelskammer hat einfach die Tage, die die einzelnen Streiks ergeben, addiert. Dahn kommt man natürlich zu der Zahl von

718 Streiktagen im Jahr.

(Weiteres.) Davon entfallen 102 Tage auf die Metallindustrie. Kein Mensch kann aber aus diesen Zahlen entnehmen, ob der zehnte oder auch nur der hundertste Teil der Arbeitsstunden dabei verloren gegangen ist. Vorsichtigerweise sagt die Handelskammer selbst, daß ihre Zahlen mangels anderen Materials auf Zeitungsnachrichten und einer Rundfrage beruhen ...

Abg. Reinath: Die Handelskammer ist doch eine halbamtliche Einrichtung. Abg. Wissell: Jeder mußte sofort erkennen, daß dieses Material trotzdem falsch ist, und daß er sich nicht darauf stützen darf ...

Abg. Deutsch: Es ist richtig, daß in der Berliner Metallindustrie an etwa 100 Tagen gestreikt wurde. Der Ausschuss nimmt darauf den allgemeinen und besonderen Teil des Berichtes des Unterausschusses zur Kenntnis ...

Abg. Dr. Köfide (Landwirtschaft) beantragt, auch die anschließenden Anträge des Unterausschusses, die die Richtlinien für die produktive Erwerbslosenfürsorge und für die Vermeidung der Betriebsstilllegungen aufstellen, nur zur Kenntnis zu nehmen und dem Plenum zur weiteren Behandlung zu überweisen ...

Abg. Paul Müller (Arbeitnehmervertreter): In der letzten Sitzung des Reichswirtschaftsrats wurde beschloffen, mit Rücksicht auf die Vertagung solle der schriftliche Bericht des Unterausschusses nicht dem Plenum, sondern dem Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschuss vorgelegt werden. Diese Ausschüsse sollten dann das Erforderliche veranlassen ...

Schnellstens eine Entscheidung

und diese ist vom Plenum dem Ausschuss überlassen. Der Reichswirtschaftsrat darf nicht Schlieppentrag der Regierung sein, sondern er muß, wo es notwendig ist, auch den Anteilhaber spielen. (Sehr richtig! bei den Arbeitnehmern.)

Abg. Geb. Kommerzienrat Deutsch unterstützt den Antrag Köfide.

Abg. Direktor Kramer-Berlin sieht keinen Grund zu einem Konflikt. Staatssekretär Dirsch habe bereits zugesagt, daß das Ministerium die Anträge des Unterausschusses beachten wolle. Diese könnten also sehr wohl auch noch erst an das Plenum gehen ...

Die Abg. Dr. Köfide und BauDirektor Dr. Schwarz treten nochmals für bloße Kenntnisnahme ein, da es nicht Aufgabe des Ausschusses sei, ein vollständiges Wirtschaftsprogramm aufzustellen ...

Die Arbeitnehmervertreter Abg. Valtrusch und Paul Müller wenden sich gegen eine Verschleppung der Angelegenheit, wie sie dem Interesse der Arbeitgeber vielleicht entspreche. Die Arbeiter und die Öffentlichkeit hätten dagegen das dringendste Interesse an einer sofortigen Beschlusfassung ...

Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums Freiherr von Rosenbach bemerkt, daß der Bericht des Unterausschusses als be-

achtenswertes Material der Regierung zugänglich gemacht werde und daß diese die Vorschläge sofort beraten werde.

Abg. Dr. Köfide: Programmatische Dinge soll man nicht über's Knie brechen.

Abg. Valtrusch: Staatssekretär Dirsch hat ja den hier vorliegenden Vorschlägen bereits im großen und ganzen zugestimmt, warum sollen wir sie also nicht annehmen?

Generaldirektor Dr. Langen-Rönig stimmt dem Antrag Köfide zu.

Abg. Kreil (Arbeitnehmervertreter des Handwerks): Wir als Arbeitnehmer sind außerordentlich überrascht über die Wendung, die die Sache heute hier nimmt. Bisher waren wir uns eigentlich immer einig darüber, daß die Anträge des Unterausschusses angenommen werden sollen. Soll unsere wochenlange Arbeit jetzt ohne Beschluß auslaufen?

Abg. Direktor Kramer: Die Arbeitnehmer verlangen die sofortige Beschlusfassung nur aus taktischen Gründen, um Agitationsmaterial zu bekommen. (Lebhafter Widerspruch bei den Arbeitnehmern.) Die Beschlüsse des Unterausschusses wurden sehr eilig gefaßt.

Abg. Wissell: Ich erkläre ausdrücklich, daß ich, mag die Abstimmung fallen wie sie will, in jeder Stimmabgabe den Ausdruck ehrlicher, innerster Ueberzeugung erblicke. (Beifall bei den Arbeitnehmern.) Das Gegenteil darf man nur annehmen, wenn es bewiesen ist. Wer prinzipiell gegen die Vorschläge des Unterausschusses ist, sollte den

Rat zu der eigenen Ueberzeugung

haben. Die Arbeitgebervertreter scheinen Angst vor der eigenen Courage zu bekommen, die sie erst noch zeigen sollen. Nur unser Interesse an der möglichsten Inangahaltung des Wirtschaftslebens hat die Arbeitnehmerseite veranlaßt, mit aller Entschiedenheit auf die Verabschiedung dieser Entschlüsse zu drängen.

Reichsminister v. Kaumer erklärt, daß die Regierung es als ihre Pflicht ansehen werde, alle Tatsachen, die aus dem Bericht des Unterausschusses hervorgehen, sofort zu prüfen und Maßregeln zu ergreifen, wenn es ihr notwendig erscheint. Rah dürfte der Regierung nicht unterstellen, daß sie aus der Nichtbeschlusfassung des Ausschusses eine Entschuldigung für das Unterlassen eigener Maßregeln entnehmen werde.

Abg. Schumacher (Arbeitnehmervertreter): Die Gegenstände schaffen wir auch im Plenum nicht aus der Welt.

Abg. Dr. Köfide: Nur der Reichstag kann wirklich Beschlüsse fassen. Es kommt mir darauf an, daß durch die Vertagung bis zum Plenum möglichst ein gemeinsamer einseitiger Beschluß vereinbart werden kann.

Nach weiterer Debatte zieht Abg. Dr. Köfide angelehnt der Ueberzeugung, die sein Antrag bei den Arbeitnehmervertretern hervorgerufen hat, den Antrag zurück, wünscht aber, daß Zeit gegeben werde, um Änderungsanträge zu den Anträgen des Unterausschusses vorzubereiten.

Der Ausschuss unterbricht deshalb seine Sitzung auf 1 1/2 Stunden.

Nach 15minütiger Pause wird die Sitzung wieder eröffnet. Der Vorsitzende Umbreit teilt mit, daß die Gruppe der Arbeitgeber eine Reihe von Anträgen gestellt und zur Kenntnis der Arbeitnehmergruppe gebracht habe, daß in der kurzen Zeit aber eine Verständigung darüber noch nicht erzielt werden konnte. Es wird deshalb um 9 Uhr beschloffen, die Sitzung abermals bis 8 1/2 Uhr abends zu vertagen.

Um 9 Uhr wurde die Sitzung von neuem eröffnet, nachdem Besprechungen stattgefunden hatten mit dem Ziel einer Verständigung über die einzelnen Anträge. Im wesentlichen sind diese Änderungen, soweit sie angenommen wurden, mehr formaler Art.

Eine lebhafte Geschäftsordnungsdebatte entspann sich darüber, ob bei den einzelnen Anträgen nach Gruppen abgestimmt werden solle oder nicht. Nach einem entsprechenden Antrag Reinaths erfolgte Abstimmung nach Abteilungen, so daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen getrennt zu stimmen hatten. Ein Antrag Reinaths, der als Urachen der Preissteigerung besonders die Verringerung der Arbeitsleistung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die hohen Löhne usw. angibt, wurde in der Abstimmung nach Köpfen abgelehnt, von der Arbeitgebergruppe jedoch wurde er angenommen. Ein ähnliches Stimmverhältnis ergab sich für weitere Änderungsanträge des Abgeordneten Reinath. Die Stimmzählungen zeigten wiederholt die Arbeitgeber geschlossen auf der einen, die Arbeitnehmer geschlossen auf der anderen Seite. Abgeordneter Köfide bemängelt, daß die Landwirtschaft in dem Bericht nicht genügend gewürdigt worden sei. Für die Arbeiter forderte Valtrusch die Aufnahme eines Passus in den Vorschlägen, wonach infolge des Spa-Abkommens eine Umstellung der Industrie in der Weise notwendig wird, daß Arbeitgeber ihre Energie nicht mehr für die Erzeugung wirtschaftlich unwichtiger Waren, sondern zugunsten des Exports und des notwendigen Inlandsbedarfes verwenden.

Die für einzelne Gewerbe schon geplanten Maßnahmen (gemeinwirtschaftliche Regelung der Holzwirtschaft, Prüfung der Durchführbarkeit eines Häutemonopols, andererseits Ueberwachung der Häuteaktionen, Zusammenschluß von Erwerbslosen zu gemeinnützigen Arbeitsgenossenschaften usw., Wiederaufbau der Handelsflotte usw.) werden in der Haltung des Unterausschusses angenommen. Mitte September geht der wirtschaftliche Ausschuss den Bericht der Sozialisierungskommission zu beraten. Schluß der Sitzung gegen 11 1/2 Uhr.

Surrende Wespen.

Die reaktionäre Presse ist durch die Enthüllung über die Magdeburger Spitzelzentralen aus dem Gleichgewicht gebracht. Anstatt über die schamlose Erfindergeißel, die durch ihre „Note-Armee-Pläne“ das Land in Unruhe versetzen, sich zu entrüsten und die Beseitigung dieses Uebels zu verlangen, fallen die Blätter über den Sozialdemokraten Görting her, der endlich einmal fest zuspazte, wo zugepakt werden mußte. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt das Vorgehen Görtings einen „unerhörten Rechtsbruch“, spricht von „Boschwerftschiff inferiorer Revolutionsgrößen“, von einem „Hohn auf jeden Rechtsbegriff“ und fragt denunziatorisch Weise, welche Rückwirkung die „offene Provokation des Magdeburger Oberpräsidenten auf — Bayern (11)“ haben müsse.

Der Jörn des Karrierblattes ist allerdings verständlich. Denn das Eingreifen Görtings wirkte gerade bei den Reichsdunkelheiten wie ein Hagel in Blüten im Mai. Geradezu unverständlich ist aber das Verhalten des Staatskommissars Weismann in Berlin, der es trotz dringlicher Witten abgelehnt hat, in Berlin Sanktionen vorzunehmen, wie es in Magdeburg geschehen ist. Die Verurteilung auf vorzeitige Mitteilungen der Presse sind Ausreden. Die „Volksstimme“ war mit ihren Ermittlungen etwa seit 8 Tagen fertig und hat mit ihren Veröffentlichungen gewartet, bis das Oberpräsidium selbst die erste Meldung herausgegeben hatte.

Das Eingreifen des Oberpräsidiums ist vor allem darauf zurückzuführen, daß nach dem ersten Versagen der Leiter der Magdeburger politischen Polizei die erbetene Entsendung eines tüchtigen Polizeikommissars von Berlin verweigert wurde. Polizeipräsident Genosse Richter von Berlin hatte die Entsendung zugesagt, sein Vertreter weigerte sich aber, den erholten Auftrag durchzuführen, weil Richter in Urlaub war!!

So vergingen wieder zwei kostbare Tage, bis der Polizeipräsident von Magdeburg, Genosse Krüger, kurz entschlossen dem Oberpräsidium den Vorfall machte, die Verfolgung der Angelegenheit unter Ausschaltung der politischen Polizei der Sicherheitspolizei zu übertragen. Das Oberpräsidium stimmte zu und nach dessen Anweisungen wurde das ganze Nest ausgehoben. Der Erfolg ist bekannt. Wäre in den andern Orten in gleicher Weise verfahren worden, könnten heute schon die gesamte Geheimorganisation der „Orgesch“ und alle Spitzelzentralen genau so in die Luft gegangen sein wie in Magdeburg. Da aber anderwärts nicht so verfahren ist, können die Spitzelgesellschaften heute schon progig dem „Bismarck“ mit Prozessen drohen.

Kurzer Prozeß.

Wir lesen in unserem Magdeburger Parteikart, der „Volksstimme“:

Der Vorstand des Bezirksverbandes Sachsen-Anhalt der Sozialdemokratischen Partei hat in seiner heutigen Sitzung den Parteisekretär für Neubrandenburg, Willi Kehler, nach Anhörung sofort entlassen und ihn aus der Partei ausgeschlossen. Es folgt ihm nach den Bestimmungen des Statuts binnen 4 Wochen Berufung gegen diesen Beschluß beim Parteivorstand zu.

Dieser Beschluß ist die einzig mögliche Lösung der Frage, wie sie durch Kehler der Partei gestellt wurde. Wer für Dienste, wie sie dieser Parteisekretär der — „Deutschen Wirtschaftshilfe“ geleistet, Geld annimmt, ist in der Sozialdemokratie unmöglich. Obwohl wir immer noch nicht glauben mögen, daß Kehler wirklich Spitzeldienste hat leisten wollen und geleistet hat.

Severing und die Orgesch.

Zu der neuen Phase der Ermittlungen über die in Magdeburg zentralisierte Spitzelorganisation und ihre Zusammenhänge mit der Orgesch kann nach Erkundigungen an „zuständiger Stelle“

die „Dena“ feststellen, daß der preussische Innenminister Severing die Anerkennung der Orgesch und ähnlicher Organisationen unter allen Umständen abgelehnt hat. So hat er auch, als gleich nach seinem Amtsantritt eine Abordnung der Berliner Einwohnervorstände bei ihm erschien und ihn ersuchte, es bei der formellen Auflösung zu belassen, sie stillschweigend anzuerkennen und ihnen ihre Waffen weiter zu konzessionieren, dieser Abordnung ausdrücklich erklärt, daß davon keine Rede sein könne, und daß er jeden Widerstand in dieser Frage zu brechen fest entschlossen sei.

Severing aber ergab sich die Notwendigkeit einer individuellen Behandlung der Frage auf geographischer Grundlage. Die Oberpräsidenten der Provinzen Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein haben nämlich dringend um vorläufige Aufrechterhaltung der lokalen Wehren, deren Schuß sie nicht entbehren zu können glaubten. In dieser Zeit wurde ohnehin die Öffentlichkeit ständig durch benutzende Nachrichten in neuester Stimmung gehalten, einerseits über reaktionäre Tuischabsichten in Hannover, andererseits über Rüstungspläne für sogenannte Note-Armeeen. Es war klar, daß man während dieses Stadiums harter Beunruhigung der Bevölkerung keine nennenswerte Menge von Waffen herausgeholt hätte. Zweifellos aber wäre es bei der Anwartschaftsleistung damals zu Gemächlichkeiten und Weibereien gekommen, die eine Verzögerung oder doch Verärgerung des Anwartschaftsstandes notwendig gemacht hätten. Gerade dies aber sollte im Interesse der bevorstehenden Reichstagswahlen unbedingt zu vermeiden sein. Aus dieser Lage heraus erklärte die gewisse Passivität, die in der Partei eine Heilung vom Ministerium gegenüber den lokalen Wehren beobachtet wurde. Später wurde jedoch wieder kein Zweifel darüber gelassen, daß die betreffenden bewaffneten Organisationen nicht nur nicht die Bewilligung des Innenministers hätten, sondern die schärfste Bekämpfung zu gewärtigen haben würden.

Der jetzt in der Presse zitierte Erlaß, den der Staatssekretär Dr. Freund in Vertretung des Ministers herausgegeben hat, ist während der Zeit einer längeren Abwesenheit des Ministers von Berlin herausgegeben. Er enthält verschiedene Unbedeutlichkeiten, die der Minister bedauert, die aber nur von denen mißverständlich ausgelegt werden können, die die übrigen Entscheidungen des Ministeriums nicht kennen. Der Erlaß ist gemeint als eine Zusammenfassung von Richtlinien an die „Reichswehr“. Denn die Orgesch hat es sich angelegen sein lassen, die allen Wehrführer, die „Reichswehr“ zu nennen, um diesen amüsanten Namen einen Teil ihrer Arbeit zu übertrauen. Doch im übrigen diese Richtlinien in ihrer Arbeit wurden, sich der Orgesch gegenüber strikt ablehnend zu verhalten, geht aus dem Erlaß hervor, daß die Oberpräsidenten zur Befehrsung ihres Beamtenbereichs ausdrückliche Weisungen zur Bekämpfung der Orgesch erlassen waren, und daß schon am 25. Juni in einer Sitzung der Landeswehrbeamten, d. h. der Oberpräsidenten, die Notwendigkeit der Stellungnahme gegen die Orgesch festgestellt wurde. Persönlich hat Minister Severing auch in allen Sitzungen des Reichskabinetts, denen er aus Anlaß der Besprechung der Entwaffnungsfrage beizuhöhen, auf die Orgesch und die von ihr drohenden Gefahren aufmerksam gemacht.

Ein Pfaster auf deutsche Kosten?

Während Polen sich unter den Schlägen der Sowjettruppen windet, bekommt die Entente-Konferenz eine neue Bräutlerin Deutschlands fertig. Dem Wunsch der polnischen Interventionisten entspricht, daß die Vorkonferenz innerhalb der westeuropäischen Abstimmlungzone, die sich längst mit so erdrückender Mehrheit für Deutschland entschieden hat, einen neuen polnischen Korridor festsetzt. Sie bestimmte, daß Polen am rechten Weichselufer im Wahlungsgebiet einen 50-Meter-Uferstreifen, den Polen von Marienwerder und einige Orte erhält. Das ist eine ganz willkürliche und gewaltsame Anwendung des Prinzipals von Versailles, die um so eigenartiger wirkt, als Polen doch gerade gegenwärtig keine Ursache hätte, neue Bestimmungen hervorzurufen.

Nämmung Ostprensens.

Ragnitberg, 18. August. (WZ) Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die Entente-Kommission am 16. August nachmittags mit dem Rest der Entente-Truppen aus Allenstein abfährt und an diesem Tage das Wahlungsgebiet an den deutschen Reichskommissar übergibt. Vom 16. früh steht der Reichswehr das Einrücken in das Wahlungsgebiet offen, da dieselbe

Der arbeitslose Flug. Von einer drachenartigen Maschine, der ein leichter, aber möglichst harter Motor eingebaut ist, läßt sich der Mensch in die Höhe tragen. Auch um sich in der Höhe halten zu können, muß der Motor ständig in Tätigkeit sein. Ein ideales Flugverfahren ist das nach Ansicht unserer Techniker nicht. Man möchte fliegen können, ohne Arbeit leisten zu müssen. Natürlich liegt eine Uebertreibung in der Formel. Denn ohne besonderen Antrieb wird man sich nie vom Boden erheben und bis zu einem gewissen Höhenpunkt steigen können. Der Motor muß also bleiben. Aber man sollte meinen, daß es möglich sein müsse, wenn die gewünschte Höhe erreicht ist, sich auf ihr ohne Höhenverlust und Arbeit solange in Vorwärtsbewegung zu halten, als es beliebt. Die Technik, die aus rein physikalischen Gründen mit Hilfe ihrer Konstruktionsprinzipien zum Flugmaschinenbau von heute gekommen ist und sich bei Verwirklichung ihrer Wünsche nicht um die Flugmethoden bekümmert hat, die im Tierreich vorkommen sind, wurde nachdenklich über die Frage, die hier auftaucht. Sie begann, so erzählt Dr. A. Adolf, Zürich, in der Zeitschrift „Natur und Technik“, sich im Tierreich nach Vorbildern umzusehen, denen die Flucht angeboren ist, und sie, die verschiedenen Formen durchmusternd, auf die großen Segelflieger unter den Vögeln. Es sind dies die mähenartigen Wasservogel und die Sturmvogel der Meere. Unter ihnen erregte die größte Aufmerksamkeit, als Meister aller Flieger, der Albatros. Die Eigenartlichkeit dieser Tiere, besonders der Albatrosse, besteht darin, daß sie bei Wind Hunderte von Kilometern über der Meeresfläche segeln dürfen. Ohne jede Schlagbewegung ihrer ausgebreiteten Flügel tragen sie spielend den größten Stürmen. Karl Steiger in Alsbach hat dieses Problem zuerst erkannt und in fleißigen Studien nachzugehen zu ergründen versucht. Genaue anatomische Studien lehrten ihn den Sturmvogel und Albatros kennen und belehrten ihn darüber, daß Vögel und Albatrosflieger tatsächlich ein mechanisches System zur Aufnahme und lebendigen Verwertung entlagerter Luftströmungen darstellen. Der Körper dieser Vögel ist in allen Teilen so eingerichtet, daß (bei angeblähten Flügeln) bei jedem Wind, sei er stark oder schwach, kommt er von vorn oder von der Seite, mit Notwendigkeit Kraftwirkungen entstehen, die das Tier ohne Verbrauch von Muskelkraft, in der Höhenlinie, in der es fliegt, und mit beträchtlicher Schnelligkeit vorwärts tragen, oder ihm sogar ein weiteres Steigen erlauben. Steiger hat mit dieser seiner Arbeit eine wissenschaftliche Analyse der Mechanik des Segelfluges durchgeführt, die das Problem des arbeitslosen Fluges gelöst hat. In wieviel freilich die Luftschiffahrt aus den Steigerischen Untersuchungen Gewinn ziehen können, darüber muß die Technik entscheiden.

Vom Spiel des Zufalls. Auch in der Literatur treibt der Zufall sein neckisches Spiel. Als Gustav Rehtag seine „Journalisten“ geschrieben und veröffentlicht hatte, durfte er der Meinung sein, zum ersten Male einen ganz neuen Stoffkreis literarisch erschaut zu haben. Er war deshalb nicht wenig überrascht, als ihm sein alter Freund Solomon Birzel, der zugleich sein Verleger war, eines Tages ein wunderschönes Lustspiel des nicht als halbverzeffenen Literaten Johann Stephan Schöge (1771—1839) aufwies. Auf dem Titelblatt des kleinen Büchleins stand über Verfassernamen und Druckort schon

dann wieder Provinz Ostpreußen H. Aus Marienwerder wird berichtet, daß die dortige Entente-Kommission am 16. August und die italienischen Truppen am 17. oder 18. August abfahren werden. Der Innenminister und der Vizekanzler beobachteten gemeinsam mit den Truppen in Marienwerder einzugreifen.

Neuer Saar-Proteststreik.

Saarbrücken, 18. August. (WZ) Seit Freitag früh herrscht hier allgemeine Ausstand, zunächst auf 24 Stunden. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, tritt Montag der Allgemein-Ausstand wieder ein. Die Verhandlungen führen die internationalisierte Arbeitskommission in Koblenz unter Hinzuziehung des aus der Saar-Kommission ausgeschiedenen deutschen Vertreters v. Bock. Alle Banken, Geschäfte und Wirtschaftshäuser sind geschlossen, die Straßenbahnen feiern, die Straßen sind ruhig, auf den wichtigsten Plätzen und auf verschiedenen Dächern stehen Maschinen-gewehre.

Die Regierungskommission erklärt, sie wolle am Beamtenstatut nichts ändern, sie wolle auch nicht mit Vertretern der Ausländer verhandeln, solange sie die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Falls dies bis Sonnabend geschehen sei, verpflichte sie sich, weitgehende Nachsicht für die Arbeiter und Beamten vorzuschlagen, die sich einer Strafverfolgung ausgesetzt haben; besonders werde sie die Militärbehörden beauftragen, von Strafverfolgungen gegen Arbeiter und Angehörige abzusehen, die sich dem Requirierungsbefehl widersetzt haben. Dagegen sollen diejenigen, die sich der öffentlichen Gewalt widersetzen oder Sabotage getrieben haben, von dieser Vergünstigung ausgeschlossen bleiben. Diese Erklärungen seien für die Regierungskommission nur dann bindend, wenn die Arbeit bis Sonnabend sich wieder aufgenommen wird.

Oesterreichs „Entwaffnung“.

Wien, 18. August. Das „3-Uhr-Abendblatt“ beklagt sich in einem Artikel über das Vorgehen der in Wien weilenden inter-alliierten Ueberwachungskommissionen, welche infolge des Standpunktes der Entente, daß das gesamte Kriegsmaterial und alles, was zu seiner Erzeugung gelehrt habe, ihr auszuliefern sei, halbfertiges Material und eine Unmenge von Rohstoffen in einer Reihe von österreichischen Industrieunternehmen durch Patrouillen von Ententesoldaten beschlagnahmt, unter dem Titel der Verhinderung der Erzeugung von Kriegsmaterial die letzten wertvollen Rohstoffvorräte der österreichischen Industrie wegnehmen und der Arbeiterchaft die Arbeitslosigkeit vermindern, so daß, wenn der Zustand nach kurze Zeit andauere, in einer Reihe von Unternehmen zu Massenentlassungen und zur Stilllegung der Betriebe geschritten werden müßte.

Eine Nichtsstellung. In der Kotta „Freiberger“ im heutigen Abendblatt hat sich, wie aus dem Einleider festzustellen ist, ein sinnentleerer Druckfehler eingeschlichen. Seite 3 Zeile 4 muß es statt „Vehrer“ heißen: „Verr“. Wir teilen das mit, bevor aus diesem Druckfehler Weiterungen entstehen.

Tropf der Frühbrunnen ist die Getreideablieferung so schlecht, daß die Regierung einen dringenden Appell an die Landwirte erläßt. Hier gilt, Patriotismus zu betätigen!

In Hamburg ist der Ausnahmezustand aufgehoben worden und droht ein Hoch- und Straßenbahnstreik.

Vertreter Deutschlands in Georgien ist einstweilen Dr. v. Druffel. Er ist bereits in Tiflis.

Das ungarische Telegraphen-Korrespondenz-Bureau ist durch allerhand Nachrichten in die Hand von Offizieren gelangt, was zur Bewertung seiner Meldungen bemerkenswert ist. — Im Prozeß gegen die „Volkskommission“ brachten die Verteidiger das Gericht wiederholt durch den Hinweis in Verlegenheit, daß die Richter unter der Mädelerrichtart rätorel weiteramtrret hätten. Jetzt hat der Staatsanwalt Kegel, für den das auch auf den Verteidigern gegenüber Drohungen ausgeföhren und der Vorsigende hat für die Zukunft derartige Fragen verboten.

Der arme Heine . . .

Aus Hamburg wird uns geschrieben: Wilhelm von Amerongen hatte den armen Heine im Schilde drunten auf Korfu nicht leiden mögen, er schwärmte mehr für die Siegesgötter. Da mußte der steinerne Dämon wieder in den unfreundlichen Norden. Am Vorhof, mitten im Hamburger Weltstadtgewühl, dort wo der Verkehr der Rönnebergstraße sich tagsüber vorbeiwälzt, steht er in einer Nische. Wenige nur wissen um ihn, achten auf ihn. Er steht in seiner Ecke, den Kopf nach unten gebeugt, tut niemandem etwas und ist so recht melancholisch.

Eines Tages — oder wie das bei solchen Leuten einmal ausfällt — eines Nachts erschienen einige hochgemute teutsche Jünglinge, soviel verlaunt unter studentischem Singen, sie hatten einen Topf voll Teer bei sich, schmierten dem gebuldrigen Heine das Gesicht voll, sangen „Deutschland, Deutschland über alles“ und hatten einen unblutigen Sieg davongetragen.

Nun stand der arme Heine in diesem Zustande in seiner Ecke, Tagen.

Eines Tages brachte das Arbeiterblatt eine Notiz. Es sei doch handbald, die Verleher, der Verleger, kein Mensch kümmerte sich. Ein paar Tage später. — Nichts geschieht. Noch ein Hinweis im Parteiblatt.

Da sind am nächsten Morgen ein paar Arbeiterjungen auf der Redaktion. „Wir haben heute nacht den Heine befreit!“ Da hatte eine Abteilung vom Jugendbund sich die Nacht um die Ohren geschlagen, dem Dichter wieder zu einem lauberen Kleid verholfen, ihm einen Blumenstrauß geschenkt und ein Lied gesungen.

Campe sandte 200 M. für die Befreier seines Autors. Davon hat der Jugendbund sich soviel er bekam. „Wir weben! Wir weben!“, die politischen Gedichte Heines aus dem Vorwärtsbeilage, ange-schafft und verteilt.

Letzten Sonntag waren sie dranhin, tausende Arbeiterjungen und Wädel zur Feier des Sommerfestes. Wie es kam, weiß man nicht: plötzlich wurden Eisenkränze gewunden und es hieß: wir machen eine Heinefeier. Nachts traten sie an durch die Straßen. „Wenn wir säreiten Seil“ an Seilen“ sang es in die Bummelanten des Sonntagabend hinein. Dann stauten sich die Massen vor dem Denkmal.lieder, Kränze, Gedichte, Lieder.

Am Mittwoch, den 11. August, flatterten in Hamburg schwarz-rot-goldene Fahnen zur Verlassungsfeier.

Das hat die Brüder gewarnt. Und obgleich Heine/selbst kein besonderer Freund der Reichsfarben war: in dieser Nacht erschien ein Lapezier, ein Kammitz und Vanlveanier und sie gossen einen Cinex rote Zinte über das Denkmal. Man hat sie gefast und wird sie — wieder laufen lassen.

Die Jugend aber steht wieder da und pugt und reißt, und ballt Häufte. Die Fiede aber weichen nicht mehr. Es war zu viel für ihn, den armen Heine. . . . Walther Victor.

deulich „Die Journalisten“. Ohne daß Freitag etwas davon geahnt hatte, war also bereits schon einmal ein Lustspiel „Die Journalisten“ über die deutschen Bühnen gegangen, und es fehlte nicht einmal an gewissen Ähnlichkeiten zwischen Freitag's Lustspiel und dem seines sehr minderwertigen Vorgängers. Der Zufall aber sollte weiter sein Spiel treiben. Aber Ludwig führt eben jetzt in der zweiten Augustnummer des literarischen Echo den Nachweis, daß auch auf das neueste deutsche Journalistendrama, Arthur Schnitzler's „Fink und Fliederbuch“, ein Schatten aus Johann Stephan Schöges unbehoblenem Journalistenpiel fällt. Der Journalist schreibt in Schnitzler's Komödie unter den verschiedenen Namen Fink und Fliederbuch für Blätter sehr verschiedener Richtung. Er findet kein besonderes Vergnügen daran, als Fink den Fliederbuch und als Fliederbuch den Fink ganz geduldig vorzunehmen und abzuführen. Der Zufall will es nun, daß in Schöges Journalistenstück der eine Journalist ausgerechnet Fliederbuch heißt. Es ist kaum anzunehmen, daß Schnitzler von seinem alten Vorgänger gewußt habe. Wie man sieht, ergibt das gleiche Milieu oder nicht nur Stoffähnlichkeiten, sondern, wenn der Zufall die Karten mischt, sogar die Wahl gleicher Namen.

Mit drei Mann zum Nordpol! Amundsen hat vor seiner Abreise aus Rome telegraphiert, daß er seine neue Ausfahrt mit nur drei Mann antreten habe. Sechs Mitglieder der Expedition haben aus nicht bekannten Gründen das Schiff verlassen. Enten-kemmer hatten es für ausgeschlossen, mit drei Mann die Expedition durchzuführen. Amundsen muß also irgendwie auf Ersatz hoffen.

Das Neue Volkstheater beginnt am 1. Sept. seine Winterperiode mit der Neuenauführung von Hauptmanns „Diberpeiz“. Inner wurden folgende Werke in den Spielplan aufgenommen: Hauptmann: „Rote Brund“, Schiller: „Verlies van Inuus“ in der Bearbeitung von Karl Hillner, Aden: „Kora“ und „Wildente“, H. G. Jacob: „Baumknecht und Sonnenfels“, Franz Dübner: „Edmud Scherer“, Ludwig Homa: „I. Klasse“ und „Die Volsabauer“, Tolstoi: „Der Bauer und der Heme“, (Hauptmann), Schönderg: „Tobestanz“, L und II. Teil, Georg Kaiser: „Edmud Scherer“, Richard W. Edon: „Der heimliche Tod“ (U), G. v. Wangenheim: „Der Mann Hober“ (U), W. G. Jacob: „Der verlorer Vater“ (U), Edmud Scherer: „Die Hochzeitsreise“, Maritagen von Amwegem, Karella: „Donna Diana“.

Der Direktor der Sternwarte in Badelsberg, oberdeutscher Professor an der Universität Berlin und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Geheimrat Hermann Struve, ist am Donnersta abend plötzlich verstorben.

Aus der akademischen Welt. Staatssekretär a. V. Dr. August Müller ist zum außerordentlichen Professor in der Berliner philosophischen Fakultät ernannt worden; als Doz wurde ihm das Geschichtsrecht übertragen.

Ueberrasch. Theaterbesuch. Die Frage des Verfallsandes des Stadttheaters in Kassel lauert und des dazu nötigen Orchesters hat jetzt ihre Lösung durch Bewilligung eines Zuschusses von 102.500 M. für die nächste Spielzeit gefunden. Die Kosten des Operns des letzten Jahres betrug 200.000 M., wozu die Stadt für die nächsten neun Monate je 6000 M. monatlich beisteuert. Der Spielbetrieb des Stadttheaters von 150—200.000 M. wird durch fünfjährige Verträge der Stadt gedeckt.

Wagners „Parsifal“ in Brakken. In dem prächtigen Stadttheater von Rio de Janeiro fand Anfang Juli die Uraufführung von Wagners „Parsifal“ großen Beifall.

Groß-Berlin

Papierlieferung und Zeitungsgewerbe.

Angriffe auf die Papierwirtschaftsstelle.

Zu grundsätzlichen Äußerungen über die Befugnisse der Wirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe führte eine gestern vor der 1. Kammer des Zivilgerichts III am Tegeler Weg unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schönfeld verhandelte Klage gegen die Wirtschaftsstelle. Der Kläger war der Herausgeber der Zeitschrift „Der Eigene“, Adolf Brand, vertreten durch H. A. Dr. Schweiber, die Beklagte wurde durch H. A. Belle vertreten. Die Zeitschrift des Klägers erschien vor dem Kriege, das Erscheinen wurde dann eingestellt, und sie erschien wieder im Jahre 1919. Dem Kläger wurde die Befreiung von Druckpapier von der Wirtschaftsstelle abgelehnt. Ihm wurde auf seine Beschwerde bedeutet, daß es zu solcher Befreiung nach den erlassenen Verfügungen der Generalversammlung der Wirtschaftsstelle bedarf. Der Kläger für die Kontingenzierung sei das Jahr 1916, und da die Zeitschrift im Jahre 1919 erschienen sei und eine Genehmigung weder nachgesucht, noch erteilt worden sei, so wurde der Kläger angezweifelt, die weitere Verwendung von Druckpapier ohne diese Genehmigung einzustellen und bei fortgesetztem Entgegenkommen unbedingte der Befreiung gewärtig zu sein.

Die Klage ging nun darauf hinaus: Die Beklagte zu 20000 M. Schadenersatz zu verurteilen und festzustellen, daß die Beklagte verpflichtet sei, dem Kläger den Schaden zu ersetzen, der diesem aus der weiteren Vorkaufhaltung eines Bezugscheins für Druckpapier für seine Zeitschrift erwächst. Der Kläger beantragte ferner eine einstweilige Verfügung dahin: Der Beklagten zu verbieten, die Befreiung gegenüber dem Drucker, daß die Wirtschaftsstelle berechtigt wäre, das Erscheinen der Zeitschrift zu verbieten oder daß ein solches Erscheinen widerrechtlich sei. — Der Vertreter des Klägers verwies u. a. auf einen Artikel im „Mittag“, wo Dr. Franz Hildebrandt ausgeführt habe, daß Papiermangel nicht vorhanden sei, sondern ein Überfluß an Papier, daß die Fabriken nicht wissen, wo sie das Papier loswerden sollen und durch die Zwangswirtschaft der Papierpreis unerbötlich in die Höhe getrieben werde. Der klägerische Vertreter überreichte ferner eine Reihe ideellistischer Verfügungen, in denen über die Papier-Wirtschaftsstelle unter Angabe bestimmter Tatsachen Klage geführt wird, daß der Geschäftsführer der Wirtschaftsstelle, Dr. Reimann, direkt Drucker anzuwerben habe, die betr. Zeitungen zu drucken. In der Hauptklage waren auch noch schwere Angriffe gegen Dr. Reimann enthalten. Es wurde behauptet, daß unter den Klagen der Wirtschaftsstelle ganz offen in den bekanntesten Zeitungen der Papierbranche Annoncen erschienen, in denen Papier ohne Bezugschein zum Verkauf angeboten werde.

Wer sich mit Dr. Reimann gut feilsche,

könne Papier in Halle und Kalle erhalten. Auf der anderen Seite sei die Druker der „Freien Presse“ in schärfster Weise drangsalieren worden. Dem Drucker Reimann in Götzen, der die Zeitschrift der „Eigene“ drucke, sei verboten worden, das Papier, das er noch besch, zu beordern, kurz, es herrsche ein allgemeines Mißtrauen gegen das Verhalten der Wirtschaftsstelle. — H. A. Belle trat diesen Ausführungen in jedem Punkte entgegen und beantragte, die Klage abzuweisen. Die Papier-Wirtschaftsstelle sei eine Kriegergesellschaft, die schändliche Befugnisse ausübt. Sie treibe keinerlei Maßnahmen, die von irgendwelcher politischer oder sonstiger Tendenz diktiert würde, sondern verhalte ausschließlich nach den über die Papierzulassung bestehenden Verordnungen. Das sei auch dem Kläger gegenüber geschehen. H. A. Belle verlas die betreffenden Verordnungen und verwies darauf, daß über Beschwerden ein ganz bestimmter Weg vorgezeichnet sei. Solche Beschwerden werden vom Reichswirtschaftsministerium bzw. dem dazu niedergelassenen Ausschuss geprüft und endgültig entschieden, so daß der Versuch des Klägers, die Sache durch ein ordentliches Gericht zum Austrag zu bringen, abgewiesen sei. Gegen die Verfügung der Papierlieferung mußte innerhalb 14 Tagen Einspruch erhoben werden. Die persönlichen Angriffe, die in dem Schrift-

lah des Klägers enthalten seien, seien so ungeheuerlich, denn sie lauten einfach auf den Vorwurf der Verletzung hinaus, daß der Reichswirtschaftsminister bereits Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe.

Die 1. Kammer lehnte den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung ab und befehlte sich die Entscheidung über die Hauptklage für eine spätere Zeit vor.

Falsche englische Pfundnoten im Großbetrieb.

Für 2 Millionen Mark beschlagnahmt.

Die Aushebung einer falsche Pfundnote, die sich mit der Herstellung englischer Pfundnoten beschäftigte, ist der Berliner Kriminalpolizei gelungen. Bei einer Großhandlung erfuhr ein Mann, der zehn englische Pfundnoten gegen deutsches Geld einwechseln wollte. Er verlangte für die Pfundnote 120 Mark. Da aber der heutige Kurs auf 160 bis 170 M. steht, so fiel das günstige Angebot den Beamten auf und diese sahen sich den Kunden und die Noten etwas genauer an. Die Bank schöpfte schließlich Verdacht und hielt es für angebracht, die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Während sie den Kunden hinhielten, fuhr Kriminalkommissar Trettin nach der Bank und richtete einige Fragen an den Verkäufer der englischen Pfundnoten, bei denen dieser sich in Widersprüche verwickelte. Trettin sah er von einer Festnahme des Mannes ab und beobachtete ihn unauffällig, als er die Bank wieder verließ. Seine Annahme, daß er im Auftrag eines anderen Mannes handeln würde, bestätigte sich bald. Er trat auf einen Mann zu, der mit einer großen Altmappe in der Nähe der Bank auf seine Rückkehr wartete. Jetzt hielt es der Kommissar für angebracht, zuzugreifen. Es stellte sich dabei bald heraus, daß er einen sehr guten Griff getan hatte. Die Altmappe enthielt nicht weniger als 15000 englische Pfundnoten, die, wie von vornherein vermutet wurde, alle gefälscht waren. Der Besitzer der Pfundnoten, ein gewisser Wilm Schwabe, wollte die Scheine von einem Amerikaner bekommen haben.

Die Nachforschungen ergaben daß Schwabe, der früher in der Friedstraße eine Drucker „Sagoma“ betrieben hat und f. Jt. schon in dem Verdacht gestanden hatte, deutsches Geld nachgemacht zu haben, die englischen Pfundnoten, im Ganzen für 2 Millionen Mark, in einer Drucker in der Varuther Straße hatte herstellen lassen. Schwabe hatte sich an einen Ziseleur H. gewandt, den er von früher her kannte und diesen zu überreden bemüht, nach einer von ihm vorgelegten englischen Pfundnote ein Klischee anzufertigen. H. hatte zunächst das Ansuchen abgewiesen, sich dann aber bereitgefunden, als ihm Schwabe erklärte, daß die Anfertigung ausländischen Geldes in Deutschland nicht strafbar sei. H. ließ nun das Klischee in einer Fabrik, für die er Kommissionsaufträge erledigte, durch 20 verschiedene Arbeiter anfertigen. Jeder der Arbeiter erhielt einen Teilstrag, so daß keiner merken konnte, was die ganze Arbeit darstellte. Die Teilarbeiten setzte dann H., nachdem Schwabe sich selbst vergeblich bemüht hatte, geschickt zusammen. Nun wurde das Klischee einer Drucker in der Varuther Straße übergeben, deren Besitzer sich ebenfalls unter der Angabe, daß die Anfertigung ausländischen Geldes in Deutschland nicht strafbar sei und die Noten außerdem nicht hier, sondern im Auslande betriebe werden sollten, überreden ließ, die Scheine zu drucken.

Sämtliche zur Anfertigung der falsche Scheine benutzten Hilfsmittel, die Platten, die Kupferstiche, die Farben usw. konnten beschlagnahmt werden, ebenso als bereits gedruckten Scheine. Durch die Aufmerksamkeit der Bankbeamten und das rasche Eingreifen der Kriminalpolizei ist so ein großer Schaden verhindert worden. Schwabe wurde in Untersuchungshaft genommen, gegen alle anderen Beteiligten, den Ziseleur, den Drucker und den Vertreter wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Gehälter für die Magistratsmitglieder im neuen Verfa.

Unter dem Vorsitz des Stadterordnungsreferendars Dr. Bepf tagte gestern abend der Stadterordnungs-ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Magistratsmitglieder für den neuen Magistrat im Berliner Rathaus. Der Ausschuss legte die Gehälter für den Oberbürgermeister, den Bürgermeister und die Stadträte fest, nämlich vorbehaltlich der

Zustimmung der Stadterordnetenversammlung. In der nächsten Woche soll eine neue Sitzung des Ausschusses stattfinden zur Beratung der Frage über die öffentliche Ausschreibung der Aemter. Ab dann soll in der übernächsten Woche in der einzuberufenden Stadterordnetenversammlung über die Befehle des 28iger Ausschusses berichtet werden, und zwar zum Zwecke der dann einzuholenden Genehmigung des Oberpräsidenten für die Befreiung der Gehälter, ohne die eine Ausschreibung nicht möglich erscheint.

Marie Mertin, ein treues Parteimitglied, Körnerstraße 20, wird am 15. d. Mts. 70 Jahre alt. Die Genossin, die schon zu Webers und Singers Zeiten unermüdet ihre Arbeitskraft in den Diensten der Partei stellte, hat sich namentlich um die Kleinarbeit in der Partei, die dazumal noch mit vielen Gefahren verbunden war, große Verdienste erworben. — Sie hat in bescheidener und vorbildlicher Weise dem sozialistischen Gedanken in der Frauenbewegung unermüdet gedient und genießt unter den Genossinnen ihrer Abteilung Liebe und Ansehen.

Zuwelendiebstahl in der Lindenpassage.

In der Nacht zum Freitag drangen Geschäftseinbrecher in den Laden Nr. 2 der Lindenpassage von Luigi Casalta gewalttätig ein und stahlen aus diesem für eine Viertelmillion Schmutz- und Wertgegenstände aller Art. Die Täter sind durch einen zufälligen Zufall an ein mit Eisenstäben versehenes Fenster gelangt, die sie durchstießen. Schon dieses Vorgehen läßt darauf schließen, daß die Einbrecher mit den Diebstählen genau vertraut gewesen sind, mehr aber noch die bei der Auswahl der Schmuckstücke bewiesene Sachkenntnis. Die Diebe haben unter den unverschlossen liegenden Auslagen nur die ersten und von diesen wiederum nur die wertvollsten Stücke mitgehen lassen. Sie stahlen Brillant- und Perlenarmbänder, Perlen- und Eisenarmbänder, dazu noch 5000 M. bares Geld. Unter den geraubten Sachen befinden sich goldene und silberne Herren- und Damenarmbänder neuesten Modells, Brillantringe und Ohrringe, silberne und alpacaliburne Zigaretteneinrichtungen, japanische Perlenarmbänder, lange Perlen- und Zigaretteneinrichtungen, italienische Perlen, ein Duzend große silberne Handtaschen usw. Das bestohlene Geschäft hat auf die Freigabe der Einbrecher eine Belohnung von 5000 Mark und auf die Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen eine solche von 10 Proz. ihres Wertes ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 82a des Berliner Polizeipräsidiums (Hausamstuf 416) entgegen.

Ein Polizeigefangener erschossen. Ein gewalttätiger Verbrecher, der 22 Jahre alte aus Freiburg gebürtige Berberpfeifer Lorenz Schora, der wegen Körperverletzung wiederholt vorbestraft ist und neuerdings u. a. von der Staatsanwaltschaft in Prenzlau wegen Einbruchdiebstahl gesucht wurde, konnte gestern von der Berliner Kriminalpolizei bei einem Verfolgungsversuch gefasst und dingfest gemacht werden. Der Verhaftete wurde nach dem Polizeipräsidium gebracht, wo er gleich wieder gewalttätig wurde. Er riß ein Fensterkreuz aus und schlug mit diesem auf den Gefangenengewächsmeister ein. Diefem gelang es jedoch, den Gefangenen zu übermächtigen. Gestern konnte dieser nun fest an seine Zellen für den Gefangenengewächsmeister Krüger übergeben werden. Jetzt sprang dieser sofort dem Beamten an die Kehle, zog ihn in die Zelle hinein, schlug die Zellentür hinter sich zu und fiel weiter über den Beamten her. Am Ringkampf versuchte er die Diensthilfe und die Schlüssel zu erreichen, um so die Freiheit wiederzugewinnen. Trotz der gefährlichen Lage, in der sich der Beamte befand, gelang es ihm, selbst die Waffe zu ergreifen und in der Notwehr am Boden liegend auf seinen Angreifer einen Schuß abzugeben. Dieser trat den Gefangenen so schwer, daß er zusammenbrach und auf der Stelle verstarb. Die Leiche wurde dem Schauhaus übergeben.

Die Geschäfte privater Fahrkartenverkaufsstellen. Ueber eine „amtliche“ Verkaufsstelle von Fahrkarten sind neuerdings wieder eine Reihe von Beschwerden seitens des reisenden Publikums bei der Eisenbahnbetriebsverwaltung eingegangen. Es handelt sich hierbei um solche Reisebüros, die weder von der Eisenbahnbetriebsverwaltung mit Fahrkarten ausgestellt sind, noch von ihr die Berechtigung haben, sich als „Verkaufsstelle amtlicher Fahrkarten“ zu bezeichnen. Aus den vielen Fällen, bei denen Reisende durch solche Büros

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Am nächsten Morgen macht sich der Vater zur Heimfahrt bereit; er frühstückt, spannt an und fährt beim Schmelz vor, um Jenfine und ihre Truhe abzuholen. Eleusius sieht ihnen lange nach, und als der Wagen im Walde verschwunden ist, bezahlt er in der Herberge und gibt wieder ein Trinkgeld. „Nah meinen Koffer hastehen, bis ich zurückkomme,“ sagt er zu Natrine und geht fort.

Wo geht Eleusius hin? Er hat nur einen Ort, wo er hingehen kann, er dreht um, er muß in die Heimat zurückkehren. Er nimmt den Weg hinaus unter die Fische und gibt sich Mühe, dem Vater und Jenfine so nahe als möglich zu bleiben, ohne von ihnen gesehen zu werden. Er geht und geht, und jetzt fängt er wirklich an, jeden einzelnen Ledlandbauern zu beneiden.

Es ist schade um Eleusius, das Leben hat ihn so sehr enttäuscht.

Verreißt er denn nicht auf Storborg einen Kaufladen? Natrubi, aber dort Herr zu sein, das will doch gar nichts heißen, er macht zu viele vernünftige Reisen, um Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, die kosten zuviel, er reist nicht billig. „Nur nicht heimlich sein!“ sagt Eleusius und gibt zwanzig Dore Trinkgeld, wo zehn auch genug wären. Diesen flotten Herrn kann sein Geschäft nicht erhalten, er braucht Zuschuß von Hause. Jetzt erntet man auf Storborg Kartoffeln, Sen und Korn für den Haushalt, aber der Belag auf Brot muß von Sellanraa kommen. Ist das alles? Sivert muß alle Waren umsonst von der Küste herauffahren. Ist das jetzt alles? Die Mutter muß ihm vom Vater das Geld zu seinen Reisen verschaffen. Ist das jetzt alles?

Das schlimmste kommt noch.

Eleusius betreibt seit Geldsäft wie ein Narr. Er fühlt sich so geschmeichelt, wenn die Leute aus dem Dorf zu ihm heraufkommen, um einzukaufen, daß er ihnen gern auf Borg gibt. Und als das einmal bekannt wird, kommen mehr und immer mehr und kaufen auf Borg, Eleusius ist entgegenkommend und borgt, sein Laden wird leer und füllt sich wieder. Das alles kostet Geld. Wer bezahlt? Der Vater.

Im Anfang war die Mutter seine gläubige Fürsprecherin: Eleusius sei der beste Kopf in der Familie, man müsse ihm ordentlich vorwärts helfen. Bedenke nur, wie billig er Storborg bekommen hat, und wie er gleich auf's Läppchen sagte, was er dafür geben wolle! Wenn der

Vater meinte, Eleusius' Geschäft sei allmählich die reine Komödie, so erwiderte seine Mutter: „Was ist das für ein Schwäg! und sie gebrachte so deutliche Redensarten, daß es war, als sei der gute Hjal Eleusius gegenüber doch gar zu herablassend.“

Sieht, die Mutter war selbst weggezogen und hatte Reisen gemacht, sie begriff, daß Eleusius hier im Ledland nicht recht gedeihen konnte, er war an feinere Sitten gewöhnt, hatte sich in allerlei Gesellschaftskreisen bewegt, und hier fehlten ihm Ebenbürtige. Allerdings, er borgte armen Leuten zuviel; aber das tat Eleusius nicht aus Bosheit und um seine Eltern zu ruinieren, er tat es aus guter und vornehmer Naturanlage, er hatte den Drang, den Leuten, die unter ihm standen, zu helfen. Du liebe Zeit, er war der einzige Mensch im Ledland mit einem weißen Taschentuch, das fortwährend gewaschen werden mußte. Wenn sich die Leute vertrauensvoll an ihn wandten und um Kredit baten und er hätte nein gesagt, so hätte das mißverstanden und sehr unangenehm werden können, wie wenn er nicht der ausgezeichnete Mensch wäre, für den er galt. Außerdem hatte er auch Pflichten als der Bewohner und das Genie des Ledlandes.

Dies alles zog die Mutter wohl in Betracht.

Aber der Vater, der davon keinen Deut begriff, öffnete ihr eines Tages die Augen und sagte: „Sieh her, das ist jetzt der Rest von dem Geld für das Kupferbergwerk.“ — „So, so,“ sagte sie. „Und wo ist denn das andere hingelommen?“ — „Das hat alles Eleusius bekommen.“ — Da schlug sie die Hände zusammen und rief: „Dann soll er endlich einmal seinen Bestand gebrauchen!“

Armer Eleusius, er ist zerfahren und verpfuscht. Er hätte Ledlandbauer bleiben sollen, jetzt ist er ein Mensch, der Buchstaben zu schreiben gelernt hat, er hat keinen Unternehmungsgest, keine Liebe. Aber ein tollschwarzer Teufelskerl ist er auch nicht, er ist nicht verlobt und nicht ehrgierig, er ist eigentlich gar nichts, nicht einmal ein großer Uebelthäter. Der junge Mann hatte etwas Unglückliches, etwas Verurteiltes an sich, wie wenn er in seinem Innern Schaden genommen hätte. Der gute Bezirksingenieur aus der Stadt hätte ihn lieber in seiner Jugend nicht fortlocken, ihn nicht zu sich nehmen und nicht etwas aus ihm machen sollen, dabei wurden dem Kinde die Wurzeln abgeschnitten und es fuhr schlecht dabei. Alles, was er jetzt vornimmt, läßt einen Schaden bei ihm erkennen, etwas Dunkles auf hellem Grunde.

Eleusius geht und geht. Die beiden auf dem Wagen sind an Storborg vorbeigefahren. Eleusius macht einen Bogen

darum herum und wandert auch an Storborg vorbei; was sollte er daheim in seinem Kaufladen? Die zwei auf dem Wagen kommen mit Anbruch der Nacht auf Sellanraa an. Eleusius ist ihnen dicht auf den Fersen. Er sieht, daß Sivert auf den Hofplatz heraufkommt und verwundert Jenfine betrachtet; die beiden geben einander die Hand und lachen ein wenig, dann nimmt Sivert das Pferd am Zügel und führt es in den Stall.

Jetzt wagt sich auch Eleusius hervor, er, der Stolz der Familie wagt sich hervor. Er geht nicht, er schleicht, er tritt Sivert im Stall. „Ich bin's nur,“ sagt er. — „Was, du bist auch da!“ ruft Sivert und ist von neuem verwundert.

Die beiden Brüder reden leise miteinander, es handelt sich darum, ob Sivert wohl die Mutter dazu bringen kann, Geld herbeizuschaffen, eine Rettung, Reisegeld. So wie fest könne es nicht weitergehen.

Eleusius habe es jetzt satt, er habe schon oft daran gedacht, und heute nacht solle es nun geschehen, eine lange Reise, Amerika, jetzt in dieser Nacht noch. — „Amerika!“ sagt Sivert laut. — „W! Ich hab' schon oft daran gedacht, jetzt mußt du die Mutter dazu bringen, es geht so nicht weiter, ich hab, schon oft daran gedacht.“ — „Aber Amerika!“ sagt Sivert. „Nein, das darfst du nicht tun.“ — „Durchaus! Ich geh auf der Stelle wieder zurück, ich erreiche das Postschiff noch.“ — „Du wirst doch wohl vorher etwas essen?“ — „Ich bin nicht hungrig.“ — „Willst du nicht ein wenig schlafen?“ — „Nein.“

Sivert will seinen Bruder wohl und sucht ihn zurückzuhalten, allein Eleusius ist standhaft, zum erstenmal standhaft. Sivert ist ganz verwirrt, zuerst, als er Jenfine sah, war ihm schon ein wenig sonderbar zumut geworden, und nun will Eleusius das Ledland vollständig verlassen, sozusagen diese Welt verlassen. — „Was willst du mit Storborg anfangen?“ fragt er. — „Andresen kann es haben,“ antwortete Eleusius. — „Andresen kann das haben, wie so denn?“ — „Bekommt er denn nicht Leopoldine?“ — „Das weiß ich nicht. Doch das kann wohl sein.“

Sie reden und reden immer leise weiter. Sivert meinte, es wäre am besten, wenn der Vater selbst heraufkäme, doch Eleusius mit ihm reden könnte; aber „Nein, nein!“ flüstert Eleusius zurück. Nein, das könne er nicht; er hat es noch nie vermocht, Gefahren von solcher Art ins Angesicht zu schauen, er hat stets einen Vermittler nötig gehabt. Sivert sagt: „Du weißt ja, wie die Mutter ist. Mit ihr kommst du nicht weiter vor lauter Tränen und Aufständen, sie darf es nicht wissen.“ — „Nein,“ sagt auch Eleusius, „sie darf es nicht wissen.“ (Fortf. folgt.)

Die Polen in Minsk?

London, 13. August. (E.T.Z.) Reuter erfährt, die polnisch-russische Waffenstillstandskonferenz würde am 14. August in Minsk beginnen.

Das ganze Hin und Her von Vorwürfen über die Verzögerung des Beginns der Verhandlungen in Minsk scheint sich jetzt als die Folge von Weiterführungen im Punkte der Verhandlung zu stellen. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus Königsberg gemeldet, daß die polnischen Delegierten in Minsk von den bolschewistischen Truppen übernommen und nach Minsk weitergeführt worden seien.

Polens Regierung brüht dem Balforsbund an, daß Sowjetrußland einen Waffenstillstand verweigere; sie ruft die Bürger auf — und zwingt sie militärisch — zur äußersten Landesverteidigung.

W.Z. berichtet, daß Solbau zurzeit unter dem Feuer der Bolschewisten liege. Aus Minsk ist nun gemeldet, daß die Polen im Kreise Solbau die Zurückführung alles Viehs und aller beweglichen Güter angeordnet haben.

Vermutlich wollen die Russen den Waffenstillstand nicht eher genehmigen, als bis die Polen in Minsk die Vorliebungsbedingungen unterzeichnet haben; Sowjetrußland rechnet offenbar mit einer Disfaktion (Frankreichs und Ungarns?) für Polen.

Der Wunsch ist wohl des Gedankens Vater, wenn der „Beit Parteien“ in London erfahren haben will, daß die englische Regierung sich nunmehr nach Anhören von Sachverständigen dahin entschieden habe, zu erklären, daß die Bedingung der Bolschewisten, freie Verfügung über die Eisenbahn Wilnowski — Grajewo zu erhalten, die einen Teil der Linie von Moskau nach Königsberg bilde, unannehmbar sei. Diese Linie unter bolschewistische Kontrolle gestellt, würde — so sagt die Meldung in der landesüblichen Angstschloße — ein Uebereinkommen zwischen Moskau und Berlin sie in eine russisch-deutsche strategische Linie umwandeln können. Die jede Verbindung zwischen Polen und den Alliierten behindere. — Dabei wird doch nur die Linie und kein Korridor dazu gefordert. Aber man möchte in Paris natürlich Polen die Möglichkeit lassen, unseren Verkehr mit Rußland zu drangsalieren. England kann schmerzlich das gleiche Interesse haben, da Deutschland doch nur mehr sein Lohnarbeiter ist. . .

Die Polen waren genötigt, Kutschuk zu räumen. Damit ist Warschau nunmehr unmittelbar bedroht. Durch die Besetzung Mosow haben die Russen nunmehr auch ehemals deutsches Gebiet betreten.

Wrangel.

Die Sowjetregierung hat an die französischen Arbeiter anlässlich der Anerkennung Wrangels einen Appell gerichtet, in dem sie erklärt, daß durch diese die Möglichkeit eines russisch-französischen Krieges gegeben wäre. In dem Augenblick nun, in dem man die Hoffnung hatte, daß durch einen gerechten russisch-polnischen Frieden der Welt der Frieden wiedergegeben werde, habe Frankreich durch seine Tat den Bruch der Verhandlungen zwischen Rußland und Polen herbeigeführt. Die Erklärung der französischen Regierung habe in Rußland in allen Kreisen große Erregung hervorgerufen und es sei durch sie die Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges gegeben. Die französische Arbeiterklasse hätte nunmehr das Schicksal der ganzen Welt in ihrer Hand.

Reuter erfährt: Wegen der Anerkennung Wrangels sind in Paris durch die englische Volschaft vorläufige Forderungen gestellt worden. Es ist aber keine direkte formelle Note abgegangen. Die englische Regierung wird sich genau an die Vereinbarung halten, daß keine Maßnahme gegen die Sowjetregierung unternehmen wird, bevor die Haltung der Alliierten in der Waffenstillstands- und Friedensfrage deutlich geworden ist. Die englische Regierung wird genau so handeln, als ob das isolierte Vorgehen Frankreichs nicht erfolgt wäre.

Madjarischer Kriegswahn.

Nach den Budapestern herrscht in der ungarischen Dardaniade allgemein eine Kriegsstimmung ähnlich der im Jahre 1914. Die Straßen durchziehen fortwährend Truppen, Anhänger des „Erwachenden Ungarn“, und Studenten, patriotische Lieder singend und Dohrute auf den Krieg ausbringend. Der Einfall in Karpathenrußland, das einen autonomen Teil der Tschekoslowakei bildet, steht unmittelbar bevor, alle Vorbereitungen sind bereits getroffen. In offiziellen Kreisen gibt man ganz offen zu, daß der Einmarsch in Karpathenrußland der Auftakt eines Krieges sei, dessen Zweck die Rückeroberung der verlorenen Gebiete sei.

Da die Entente keine Truppen schickt, ist dieser Zweck niemals zu erreichen. An der Tschekoslowakei, an Südbanien und Rumänien würde sich die Gortsch-Armee rasch wegschlagen und in den verlorenen nichtmadjarischen Gebieten würden ihre Reste totgeschlagen werden wie tolle Hunde. Der Haub und weiter madjarischer Gebiete durch den Diktatfrieden ist aber der stärkste Anreiz des Nationalismus.

Auch das sammerverwandte und gleichfalls „weiße“ Finnland mobilisiert.

Die Eisenbahnverbindungen zwischen Wiborg und Finnland werden für Militärtransporte in Anspruch genommen. Der Personen- und Güterverkehr ist eingestellt. Die finnische Mobilisierung ist angeordnet, um für alle Fälle gewappnet zu sein.

Arbeiterverfolgung in Pommerellen.

Den R. P. N. wird berichtet: Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes in Bromberg, Erich Köpke, begab sich am 12. Juli nach der Kolonie Krusinsko, um mit den dortigen Arbeitern eine Abrede zu treffen. Als die Beratungen im Gange waren, überstelen die Helgenbarnten die Versammlung, nahmen die Mitgliedsbücher des gleichfalls bestehenden Verbandes und ebenso einen Barbetrag von 500 Mark (Einschreibe- und Mitgliedergebern mit. Köpke wurde verhaftet und unter Wahrung der Ehre nach Bromberg geschleppt. Im Bureau der Helgenbarnten wurde er aufs neue so geschlagen, daß einige Tage später nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis sehr starke Kennzeichen von rohen Schlägen festzustellen konnten. Köpke ist kriegsinvalide, seine linke Hand ist nicht gebrauchsfähig.

Zur gleichen Zeit wurde das Mitglied des Feldarbeiterverbandes Gustav Müller in Drzerwanow von Gendarmen aus Weroh allein deshalb verhaftet, weil er eine Versammlung besucht hatte, trotzdem die Versammlungsfreiheit durch kein Gesetz beschränkt ist.

In Solz wurde am 9. Juli durch die Feldpolizei der Vorsitzende des Verbandes der Druderreichlichen Kirche nur deshalb verhaftet, weil ein Bromberger polnisches Blatt ohne Angabe irgendwelcher Tatsachen Kirche als deutschen Kommunisten denunziert hatte.

Reben solchen geschwindigen Verhaftungen betreiben die Polizeibehörden unter den Arbeitern die Agitation für den Uebertritt in die polnisch-nationalistische Gewerkschaft. In Kasel verhaftete ein Kriminalpolizeibeamter den Vorsitzenden des Feld-

Kriegsgefahr und Neutralität.

Ueber dieses Thema sprach Genosse Richard Fischer am Freitagabend in einer sehr stark besuchten Konferenz der Funktionäre unserer Groß-Berliner Parteioffiziere.

Der Redner führte aus: Wenn sich die Spannung der politischen Lage in den letzten Tagen auch nicht weiter verschärft hat, so kann man doch auf Ueberraschungen jeden Augenblick gefaßt sein. Es gärt und brodelt in Europa wie in einem Herdenschmel. Die durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse, die Zerstückelung Deutschlands, bilden eine ständige Kriegsgefahr. — Was die Lage im Osten betrifft, so sind wir selbstverständlich

für die Erhaltung der Selbständigkeit Polens.

Aber Polen hat sich zum Mittel der Entente machen lassen. Es ist mit einem Eroberungszug gegen Rußland vorgegangen und hat dabei eine Niederlage erlitten. Daß die militärische Hilfe der Entente für Polen ausbleibt, ist der Haltung der deutschen, französischen und englischen Arbeiter zu danken. Es fragt sich, ob Deutschland hart genug ist, um allen Eventualitäten gegenüber seine Neutralität aufrechtzuerhalten. Ebenso ist es fraglich, ob Rußland imstande sein wird, seine siegreiche Armee

auf Wunsch zurückzuführen.

Staatliche Feldherren haben ihre eigenen Gesetze. Der von Rußland geführte Krieg ist ja kein bolschewistischer, sondern ein nationaler, und die Offiziere des Jaren führen das Gezeir. — Eine weitere Gefahr besteht darin, daß Frankreich auf die Gelegenheit wartet, um sich gegen Deutschland der Füh- angeln zu bedienen, die der Vertrag von Versailles geschaffen hat. Frankreich wartet auf eine Gelegenheit, um das Rheinland, vor allem das Ruhrgebiet zu besetzen. Dazu kommt, daß man im Hinblick auf

das Treiben unserer Alldeutschen und Militaristen

nicht an die Friedensliebe Deutschlands glaubt. Die Haltung, die der Außenminister Simons in der Ostfrage eingenommen hat, ist von jedem einsichtigen Politiker als verurteilt und weitläufig anerkannt. Die heutige russische Bolschewistenregierung ist in ihrer Politik eine andere als sie anfangs war. Sie ist zurückgekommen von dem Bestreben, die Welt für den Bolschewismus zu erobern und beschränkt sich jetzt darauf, die Verhältnisse im Innern zu beseitigen. Rußland will in dem Kriege gegen Polen nichts anderes, als seine russischen Interessen verfolgen.

Rur ein Narr kann glauben,

das bolschewistische Rußland werde das kapitalistische Deutschland von den Versailles Fesseln befreien. — Selbst wenn wir nicht eine bürgerliche Regierung hätten, sondern Sozialdemokraten in der Regierung säßen, hätten wir nichts von Rußland zu hoffen, denn in den Augen der Bolschewisten sind wir ja Verräter, welche wir uns nicht im Ziel, sondern nur in der Auffassung vom Sozialismus von ihnen unterscheiden. Wer mit dem Streit zwischen den sozialistischen Parteien ist es so, daß man

lieber den Genossen tot schlägt, der einen anderen Weg zum gleichen Ziel geht, als den Bourgeois, der den Weg versperrt. (Stürmischer Beifall)

Der Redner bespricht die politische Entwicklung Deutschlands und erklärt daraus die gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Die Gemaltheit ist in Europa nicht gestürzt, sie ist

nur von Berlin nach Paris und London verlegt.

Unsere Aufgabe ist es, in die Gebirge der Rasse den Gedanken hineinzudämmern, daß es mit der Gewaltspolitik für immer vorbei ist (Beifall) und daß das alle Reich nicht wieder erreicht werden kann. (Beifall) Deutschland ist jetzt genau so wehrlos, wie Polen 1918 durch die heilige Allianz gemacht worden war. Gegen die Entente kann uns nichts helfen als die Weltrevolution. Allerdings nicht die Weltrevolution, wie sie sich die Bolschewisten oder unsere Unabhängigen vorstellen, sondern

arbeiterverbandes und schleppte ihn nach Bromberg nur deshalb, weil er nicht in die polnische Vereinigung eintreten wollte. Bei dieser Gelegenheit verlangte der Beamte von der Frau des Verhafteten die Herausgabe der ganzen Verbandskasse.

Nach Memel — Königsberg.

Königsberg, 13. August. Donnerstag abend und Freitag vormittag ist es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ansammlungen und Ausschreitungen ausländischer gelommen; namentlich wurden Gelassen die Straßen durchsucht, Fuhrwerke umgestürzt und so der Verkehr gestört. Die Sicherheitspolizei mußte wiederholt von der Waffe Gebrauch machen. Von den Ausschreitungen, die heute früh in geschlossenen Gruppen die Straßen durchzogen, begab sich ein Trupp zur Königsberger Walmühle, hier kam es zu schweren Ausschreitungen, jedoch die dorthin entsandten Sicherheitspolizeibeamten die Schußwaffe gebrauchen mußten. Soweit festgestellt ist, wurde ein Arbeiter bei diesem Zusammenstoße getötet, drei Arbeiter schwer verletzt.

Nachdem der französische Gouverneur in Memel zugesagt hatte, die Rückkehr der drei im Juni ausgewiesenen zu gestatten, ferner Untersuchung gegen den Polizeidirektor Voigt einzuleiten, und versprochen hatte, daß die Führer der Streikbewegung nicht bestraft werden sollen, wurde betriebsweise über die Beendigung des Streiks abgeklämt. 88 Betriebe stimmten für die Wiederaufnahme der Arbeit und 6 dagegen. Die Arbeit wurde größtenteils wieder aufgenommen.

Generalstreikdrohung in England.

London, 13. August. (Holländisch Neuwsbureau.) Lloyd George hat an das Aktionskomitee der Arbeiterpartei einen Brief über die Lage zwischen Rußland und Polen gerichtet. Darin heißt es zum Schluß, daß die Aussichten auf einen Frieden zwischen Rußland und England von der Art des Friedens abhängen, der mit Polen zustande kommt. Ich hoffe, sagt Lloyd George, daß die englischen Arbeiter der öffentlichen Meinung in Rußland Nachdruck werden, daß sie auf ehrlichen Verhandlungen zwischen England und Polen bestehen.

London, 13. August. (Holländisch Neuwsbureau.) Die Nationalkonferenz der Delegierten der englischen Gewerkschaften trat Freitag in London zusammen. Es fand ein Vorschlag auf der Tagesordnung, eine Abordnung nach Paris zu senden, um die französischen Arbeiter zu bitten, daran mitzuwirken, daß kein Mißverständnis zwischen den englischen und französischen Arbeitern ankommt. Ein weiterer Punkt enthält die Forderung, daß England nicht in einen Krieg zwischen Frankreich und Rußland hineingezogen werden darf.

London, 13. August. (Reuter.) Die Arbeiterkonferenz hat in der polnisch-russischen Frage den Vollzugsrat ermächtigt, einen Allgemeinentscheid zu verkünden, falls die Regierung General Wrangel unterstützen oder Sowjetrußland in irgendeiner

die geistige Revolution der Arbeiter aller Länder, vor allem der französischen, belgischen und englischen. (Beifalliger Beifall.)

In Genf

ist die Prücke geschlagen zur Verständigung des internationalen Proletariats, und wir können hoffen, daß der alte Geist der Solidarität der Arbeiter aller Länder mit der Zeit wiederkehrt. (Beifall.)

Hätten wir eine Regierung, in der die sozialistischen Parteien ausfallgebend sind, dann könnten die Offiziere nicht so auftreten wie sie es heute tun (Beifall), wo der Revanchegedanke von den militarischen Kreisen propagiert wird und die Entente deshalb nicht an unsere Friedensliebe glaubt. — Wir erklären uns mit aller Entschiedenheit

gegen jeden Krieg, unter welcher Parole es auch sein mag.

(Beifall) Jedes Spiel mit dem Gedanken eines Revanchekrieges weisen wir energisch zurück. (Beifall) Wir müssen uns damit abfinden, daß die Revolution die Aufgabe hat, den Völkern Frieden zu Wirklichkeit zu machen. Jeder Appell an die Waffen muß für alle Zeit vorbei sein. Die Beziehungen der Völker untereinander müssen aufgebaut sein auf gegenseitiger Verständigung. Der Gedanke an einen Krieg darf in der Arbeiterklasse keinen Eingang finden. (Beifalliger Zustimmung) Wir müssen die Regierung dahin beeinflussen, daß sie die Neutralität unbedingt aufrechterhält. So weit sie diese Aufgabe erfüllt, haben wir geschlossen hinter ihr. Die Propagierung des Friedensgebahrens ist unsere Aufgabe für die nächsten Jahre. Die krieglustigen Offiziere und die Alldeutschen müssen von der allgemeinen Entrüstung

zum Schweigen gebracht

werden. Dann werden auch die Völker in den anderen Ländern an unsere Friedensliebe glauben. Wenn das erreicht ist, kann können wir die Aenderung des Versailler Vertrags erreichen und das Schicksal Deutschlands zum Besseren wenden. (Stürmischer Beifall)

Ohne Diskussion wurden folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

„Die Partei und Betriebsfunktionäre der S. P. D. Groß-Berlin stehen auf dem Boden strengster Neutralität Deutschlands in dem polnisch-russischen Kriege. Sie sind gewillt, allen Versuchen der Entente oder gewisser deutscher Kreise, die deutsche Neutralität zugunsten Polens zu verletzen, mit allen der Arbeiterkraft zu Wehro stehenden Mitteln entgegenzutreten. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei protestiert aber auch auf das schärfste gegen die Bestrebungen der deutschen Kommunisten, Deutschland zu einer einseitigen Unterstützung der russischen Bolschewisten in diesem Kriege zu veranlassen und mit Hilfe der Bolschewisten die Rätebestattung auch in Deutschland einzuführen oder gemeinsam mit ihnen einen neuen Kampf gegen die Entente aufzunehmen, wie es auch ein Teil der Deutschnationalen möchte. Das deutsche Volk will unter keinen Umständen in einen neuen Krieg hineingezogen werden, der den letzten Rest deutscher Freiheit und Wirtschaft vernichten würde. Aufgabe des internationalen Proletariats muß es sein, auf die schärfste Verhinderung eines Friedenslinguarden, der Polen und Rußland völlige Selbständigkeit und Unabhängigkeit, freie politische und wirtschaftliche Entwicklung sichert und insbesondere dann auch Rußland die Aufnahme friedlicher wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland und den anderen Völkern möglich macht. Die Erreichung dieses Zieles kann von der deutschen Arbeiterpartei allein durch strenge deutsche Neutralität nach allen Seiten gefördert werden.“

Der Vorsitzende Genosse Franz Arzger schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf den eunützig gefassten Beschluß, der erwarten lasse, daß die Berliner Arbeiter allen Bestrebungen, die den in der Resolution vertretenen Gedanken widersprechen, mit aller Energie entgegenzutreten werden.

Jorn angreifen sollte. — Die Arbeiterkonferenz hat eine Drohung aus Moskau erhalten, wonach der Friede zwischen Rußland und Armenien abgeschlossen sei.

Die Konferenz fordert als Bürgschaft für eheliche Besinnung der Regierung die Entsetzung Winston Churchills aus dem Amt wegen seiner Besinnung gegen Rußland.

Nicht einsacken!

London, 13. August. (Dena.) Die „Daily Herald“ aus Washington erfährt, ist zwischen London und Washington ein harter Notenwechsel in der Frage der Behandlung der früheren deutschen Kolonien vor sich gegangen. Veranlassung dazu geben eine Reihe von Maßnahmen der britischen Regierung, die nach Auffassung der amerikanischen Regierung auf eine glatte und dauernde Annexion der ehemals deutschen Kolonien hinauslaufen. Präsident Wilson begann den Notenwechsel mit der Aufforderung, ihm diese Maßnahmen zu erklären, da er von keinem Standpunkt nicht abgeben könne, daß lediglich der Balforsbund, nicht die britische Regierung das Recht habe, über die früheren deutschen Schutzgebiete zu verfügen.

Tizsas Tod.

Der Budapest Mordprozeß.

Budapest, 13. August. (U.) Am 9. Verhandlungstage im Prozeß gegen die Mörder Tizsas wurden die der Arbeiterpartei des Nordes angeklagten Paul Kery und der gewesene Abgeordnete Stanislaw Fennes als Zeugen vor dem Militärgericht vernommen.

Paul Kery erklärte, von der Mordangelegenheit überhaupt nichts zu wissen. Er könne bloß ansagen, daß am 31. Oktober ein Unteroffizier im Nationalrat erschien mit den Worten: Ich habe Tizsa ermordet und bin gekommen, mich dem Nationalrat zur Verfügung zu stellen. Er wurde mit den Worten: „Er ist wahnsinnig!“ davon gejagt. Friedrich habe sich mit dem sogenannten Soldatenrat viel beschäftigt. Bei der Konfrontierung erklärte Kery, die Behauptung des Angeklagten, als wäre er der Anführer zum Mord gewesen oder hätte im Nationalrat die Ermordung Tizsas verfügt, als unnahe.

Fennes gab zu, daß eines Tages ein Mann erschien und den Befehl zur Ermordung Tizsas verlangte. Er habe ihn aber davon abgesehen. Der Zeuge Redakteur Landor sagte aus, Kery hätte am 31. Oktober im Journalistenklub erklärt, Tizsa habe noch einhundert Stunden zu leben. Der Schuß, so sagte damals Kery, verdient den Tod. Kery verschwand aus dem Klub, und nach einhundert Stunden war Tizsa tatsächlich tot.

Die ungarische Nationalversammlung hat die Auslieferung des ehemaligen Ministerpräsidenten Friedrich, der in den Prozeß gegen die Mörder des Grafen Tizsa verwickelt ist, beschlossen. Eine besondere Leibgarde will den Terroristenhauptling vor der Verhaftung schützen.

Gewerkschaftsbewegung

Achtung, Arbeiter- und Betriebsräte, Betriebsobleute!

In einer kombinierten Sitzung der Gruppenräte der Afa und unserer Zentrale ist die Schaffung einer freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale nach den Richtlinien des A. D. G. B. beschlossen worden. Die dazu notwendigen Vorarbeiten werden schnellstens erledigt werden. Bis dahin behalten die von uns ausgegebenen Legitimationskarten ihre Gültigkeit. Darum ersuchen wir die Arbeiter- und Betriebsräte und Betriebsobleute, dem Aufruf der im Gegensatz zum A. D. G. B. stehenden Zentrale in der Münzstraße nicht Folge zu leisten.

Betriebsrätezentrale der S. P. D., In den Zelten.

Arbeitslosigkeit und Ueberstundenunwesen.

Zu den von uns kritisierten Missetaten im Buchdruckgewerbe, wo trotz ständig zunehmender Arbeitslosigkeit bei einem Teile der Buchdrucker das Ueberstundenunwesen derartig blüht, daß Wochenlöhne von 500-600 M. erzielt werden, äußert sich in Nr. 103 der „Roten Fahne“ der Betriebsrat der Firma Wolf, der Drucker der „Roten Fahne“. Auch die genannte Drucker befindet sich unter den Betrieben, die ihre Arbeiter auf Kosten der Allgemeinheit reichliche Ueberstunden machen ließ.

Der Betriebsrat der Firma Wolf nimmt sich in seiner Kritik der vermeintlichen Notlage seiner Firma in so rührender Weise an, daß die „rote Fahne“ als radikal-revolutionäres Organ eigentlich alle Veranlassung hätte, gegen so viel opportunistische Unternehmerrückständigkeit eines Betriebsrates die Feder zu zücken. Aber auch sachlich stimmen die Angaben des Betriebsrates, der behauptet, daß nur einmal in der Woche vom 10. bis 15. Mai, also bereits vor Monaten, solch hohe Löhne erzielt worden seien, nicht. Wir möchten den Betriebsrat, der unsere doch gerade im Interesse der Arbeitslosen geschriebene Kritik zum Anlaß nimmt, um sich schühend vor seinen Unternehmern zu stellen, nur darauf hinweisen, daß nach unseren Informationen erst in der allerletzten Zeit ein Maschinenführer in einer Woche 25-30 Ueberstunden machte, indem er seine Arbeitszeit von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr nachts ausdehnte. Ebenso wurde auch im Druckeramt der Firma reichlich mit Ueberstunden gewirtschaftet. Es stimmt also nicht, wenn es in der Kritik heißt, daß bei der Firma außer in der einen Woche Ueberstunden nicht mehr gemacht werden.

Nur eines noch dem Betriebsrat: In dieser Zeit des wirtschaftlichen Niederganges mehr noch als sonst muß es Aufgabe aller Betriebsräte sein, peinlich darüber zu wachen, daß nicht durch Ueberstundenarbeiten die Arbeitslosigkeit in den Berufen künstlich vergrößert wird. Das ist eine viel wichtigere, wirklich im Interesse der Arbeiterklasse liegende Aufgabe, als das Operieren mit der radikalen Phrase: Alle Macht den Arbeiterräten!

Ein wahres Wort.

Die seit dem Austritt Richard Müllers aus der Redaktion wieder leidlich vernünftig gewordene „Metallarbeiterzeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: „Die „Einigung“ der Räte in Berlin“ folgendes:

„Die Gewerkschaftskommission Berlin entschied zweimal, daß die Betriebsräte innerhalb der Gewerkschaften zu erlassen seien. Auf Verlangen der Mitgliedschaften fanden erneute Verhandlungen mit der Rätezentrale statt. Das Ergebnis war eine Einigungserklärung, nach der die Selbstständigkeit der Räteorganisation gewahrt wird, die Finanzierung durch die Gewerkschaften erfolgt und eine neue provisorische Rätezentrale, bestehend aus Vertretern der Rätezentralen der U. S. V., S. P. D., A. P. D. und der Gewerkschaften, geschaffen wurde. Die Vertreter der Afa erklärten, daß sie in einer Organisation mit bürgerlichen Weibern und sonstigen Missetätern nicht zusammen sein könnten. Sie erstreben den Zusammenbruch in den Gewerkschaften. Rum mehr haben auch die Betriebsräte der S. P. D. beschlossen, gemeinsam mit der Afa die Zusammenfassung der Räte nach den Richtlinien des A. D. G. B. vorzunehmen. Dieses Ergebnis war vor auszusehen, da es unmöglich ist, die widerstrebenden Elemente in einer selbstständigen Räteorganisation zu vereinigen. Nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte, erlöst von den Gewerkschaften, können eine aktionsfähige Kampftruppe bilden.“

Zu dieser Erkenntnis ist man in der Münzstraße noch nicht gekommen. In halber Eintracht mit Selben und Blauen will man dort für den Sozialismus — freilich, wie ihn Müller und Rajahn auffassen — kämpfen.

Der Streit der Kinomusiker.

Nachdem in monatelangen Verhandlungen mit dem Verein der Lichtbildtheater-Besitzer die beschiedenen Tariforderungen der Musiker nicht bewilligt worden sind, haben die Musiker in den Kinod der Vereinigten Studios Lichtspiele in Neudöln, sowie Erzgebirg, Stern, Filmopalast Börse am Freitag die Arbeit niedergelegt. Die Direktion Baum & Lang hat bisher trotz regien-Beschlusses ihrer Kinod den Musikern die schlechtesten Löhne gezahlt. Die Musiker erludien die Arbeiterschaft Neudölns sie in ihrem gerechten Lohnkampf dadurch zu unterstützen, daß sie die besetzten Kinod bis zur Bewilligung der gestellten Forderungen nicht besuchen.

Der Kampf der Unternehmer gegen die Betriebsräte.

Der Fabrikarbeiter-Berband schreibt uns: Seit etwa zwei Wochen stehen die Arbeiter der Kibestfabrik Wilhelm Reinhold, Reinholdsdorf-West, Graf-Röbern-Allee, im Streit und zwar in der Hauptsache, weil sie sich nicht länger das rigorose Vorgehen der Firmenleitung gegen den Betriebsrat gefallen lassen wollen.

Der Herr Betriebsleiter Paesche, ein Herr, der auch von der „Pfe“ an gebient hat, und der früher, als er noch simpler Angestellter war, den scharfen Sozialdemokraten marinierte, hat jetzt sein scharfmädeliches Herz entdekt und macht diesem durch Schikanen gegen den Betriebsrat Lust. Früher hatte der Betriebsrat seine Sitzungen stets während der Arbeitszeit abgehalten. Dies wurde vom Herrn döllich verboten und verlanat, daß dieselben nur noch nach Feierabend stattfinden sollen. Verhandlungen, die der Betriebsrat bei der Direktion beantragt, sollen auch nach Feierabend stattfinden, ja selbst die letzten Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages, an der auch ein Organisationsvertreter teilnahm, sollten auch nicht während der Arbeitszeit stattfinden, damit nur nicht der Betriebsrat einige Stunden Arbeit verliere. Zum Ueberfluß ließ der Herr Paesche dem Organisationsvertreter gegenüber darüber keinen Zweifel, daß er den Obmann des Betriebsrates in der nächsten Zeit auf das Straßensplaster legen werde. Das schlug dem Kopf den Boden aus.

Da auch wegen des Tarifvertrages selbst es trotz äußerster Entgegenkommens der Arbeiterschaft zu einer Einigung nicht kam, wurde mit großer Mehrheit der Streit beschlossen. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, hinter ihrem Betriebsrat zu stehen und die Organisation wird ihr in diesem Kampf auf das Entschiedenste zur Seite stehen. Aber auch zu einem schönen Akt der Solidarität kam es in der Funktionärversammlung der Gummi- und Abbestarbeiter Groß-Berlins. Dieselben erklärten ebenfalls den Kampf der Arbeiter mit allen moralischen und materiellen Mitteln zu unterstützen und zu dem Ihtigen zu machen. Während die Belegschaft einer Firma bereits beschlossen hatte, jede Woche einen Stundenlohn an die Streikenden abzuführen, fand ein diesbezüglicher Antrag auch in der Funktionärversammlung einstimmige Annahme, so daß alle Gummi- und Abbestarbeiter Groß-Berlins bereit sind, jede Woche einen Stundenlohn für die Streikenden abzuführen.

Der Jubel ist nach wie vor streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Wätter werden um Abdruck gebeten!

Zum Streit der Fensterputzer.

Verhandlungen, die am Donnerstag zwischen beiden Parteien stattgefunden, hatten kein endgültiges Ergebnis. Zwar hatten die Arbeitgeber einiges Entgegenkommen gezeigt, den Lohn auf 190 M. zu erhöhen, jedoch verweigerten sie, den Urlaub zu beschränken und die wöchentliche Arbeitszeit auf 48 Stunden zu erhöhen — bisher 40 1/2 Stunden. Dieses Verlangen lehnte die Vertretung der Arbeitnehmer entschieden ab.

Wenn die Arbeitgeber sich der Hoffnung bingeben, die Fensterputzer seien freizumachen, so haben sie sich gewaltig getäuscht.

Die Fensterputzer halten unentwegt an ihren Forderungen fest und bevor die Arbeitgeber nicht ein größeres Entgegenkommen zeigen, wird der Streit unverändert weitergeführt. Die die Stimmung unter den Streikenden ist, geht aus der am Freitag stattgefundenen Versammlung derselben hervor, in der einstimmig zum Ausdruck gebracht wurde, den Kampf nicht eher abzubrechen, bis die Forderungen von 225 M. pro Woche erfüllt sind.

Die Arbeitergeber befinden sich in einer Zwidmühle, da bereits einige Arbeitgeber aus dem Verein abpringen und auch die Landschaft einen Druck auf die Ausführung der Arbeiten ausübt. Die Streikenden stehen heute, wie zu Anfang des Streiks, fest geschlossen

zusammen. Betriebsräte und Vertrauensleute, ist weiterer Solidarität.

Deutscher Gutarbeiter-Berband. Montag, den 16. August, 5 1/2 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 30, Besprechung aller in den Umkreis der besetzten Arbeiter und Arbeiterinnen, Tagesordnung: Die Lohnfrage.

Graphisches Kartell. Freitag, den 20. August 1920, nachm. 5 Uhr, in der Badbrunnerei, Hildesheim. 2. Betriebsräte-Versammlung der graphischen Gewerbe. Tagesordnung: Die Produktionsabotage der Unternehmer und die Arbeitslosigkeit im graphischen Berufe.

Parteinachrichten.

Es geht vorwärts!

Der Sozialdemokratische Ortsverein Hannover hielt kürzlich seine Generalversammlung ab, in der Genosse Schaffner mitteilen konnte, daß die Zahl der vollzahlenden Mitglieder am 1. April 1920 18 139 betrug gegenüber 12 084 zu Beginn des verflochten Geschäftsjahres. Am 30. Juni 1920 verzeichnete der Verein bereits 19 446 vollzahlende Mitglieder und ist jetzt im Begriffe, das zwanzigste Tausend zu überschreiten; ein Resultat, das in Hinsicht auf die ipiehbürgerliche Struktur der Stadt Hannover als durchaus erfreulich bezeichnet werden kann.

Verbearbeit unter den Beamten.

In Haberlands Festalen tagten vor kurzem die gesamten Vorstände der Bezirksberbauerschüsse, sowie der Beamtenverbände aus Schüsse Potsdam, Charlottenburg, Nieder-Schöneweide und Spandau, um sich über die neu einzuführende Agitation unter der gesamten Beamenschaft Berlins und Umgegend klar zu werden. Es wurde beschlossen, durch ein gut ausgebautes Ob- und Vertrauensmännertem die Grundlage für eine Agitation zu legen. Weiterhin sollten alle 14 Tage die Berbauerschüsse zu einer Sitzung zusammenkommen, um sich über die politische Lage klar zu werden und den Gegnern gegenüber geschult zu werden. Weiterhin soll allmonatlich eine Funktionärsitzung für die gesamten Beamtenvertrauensleute Groß-Berlins abgehalten werden, in der von berufenen Genossen Referate gehalten werden. Außerdem sind die Berbauerschüsse verpflichtet, monatlich wenigstens eine Mitgliederversammlung unter den parteigenösslichen Beamten abzuhalten und so schnell wie möglich mit öffentlichen Versammlungen zu beginnen, um indifferente Beamte endlich vom Alten loszureißen und für den Sozialismus zu gewinnen.

Soziales.

Die Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft teilt folgendes mit: Es bestehen bei vielen Versicherten Zweifel darüber, ob bei der Auszahlung der Versicherungssumme 10 Proz. Kapitalertragsteuer in Abzug kommt. Auf Grund der bestehenden Gesetzgebung ist dies nicht der Fall. Bei den Summen, die von der Volksfürsorge infolge eines Versicherungsfalles zur Auszahlung gelangen, erfolgen keinerlei Steuerabzüge.

Deutsche Heilstätte in Dabos.

Der Vorstand der deutschen Heilstätte in Dabos und ihrer zweien Anstalt, des Deutschen Hauses in Agro, gibt bekannt, daß die ihm anvertrauten Heilanstalten, die bereits Tausenden an Tuberkulose kranken Deutschen dienten, uneingeschränkt im Betriebe sind. Die Verpflegungsbeiträge werden in ihnen satzungsgemäß niedrig bemessen. Die genannten Anstalten nehmen Kranke auf, die nicht in der Lage sind, die Kosten für ein Heilverfahren in einem Privatanatorium aufzubringen. Kurzeit betragen die täglichen Kosten bis zu 10 Kr. für alle solche Kranke, die eine Bescheinigung beibringen, daß ihre Verhältnisse ihnen eine größere Aufwendung für Kurzwecke nicht gestatten.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Im Nätengebiet teilweise bewölkt und ziemlich kühl, sonst überwiegend heiter und tagsüber warm, meist trocken, bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Lepke-Bremendorf; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Sordardt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Sordardt-Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 10.000 1. Auflage.

Staatl. Schauspielhaus. (Operetten-Gastspiel) Allabendl. Die Schwalbe. 7 1/2 Uhr. Musik von Leo Bloch.

Größtes Schauspielhaus. Sbd. 7 1/2 Uhr. Lysistrata (S. A., S. A.)

Deutsches Theater. 8 Uhr. Wehstempel.

Kammerspiele. 8 Uhr. Notbrücke.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bf. Zoo). 8 U.: Bächse der Pandora.

Theater des Westens. 8 Uhr. Ehemal. Leutnant.

Schiller-Theater. 8 Uhr. Rabenater.

Theater l. d. Königgrätzerstraße. 7 1/2 Uhr. Geständnis.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr. Der letzte Walzer mit Hilde Wörner.

Central-Theater. Die verschwund. Pauline. Die Tribüne. 8 Uhr. Bunbury. Kleines Theater. Die Kunstkritik. Komische Oper. Die Frau im Dunkeln. Lustspielhaus. Der ungetreue Eckehart. Metropol-Theater. Im weißen Röss'l. Neues Central-Theater. Die Dame im Frack. Neues Operettenhaus. Neues Volkstheater. Familie. Thalia-Theater. Hohelt die Tänzerin. Theater am Nollendorfplatz. Eine Nacht im Paradies. Wallner-Theater. Die Frau im Dunkeln. Walthalla-Theater. Kasernenluft.

Volkshöhne. Theater am Bülowplatz. 3 Uhr. Fiedemann. 7 1/2 Uhr. Zigeunerliebe. Lessing-Theater. Sommerspielzeit. Allabendlich 8 Uhr. Leopoldine Konstantin in D. Glas d. Jungfrau. Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 8 Uhr. Clubleute mit Max Adalbert. Casino-Theater. Lothringer Str. 37. Tgl. 7 1/2 Uhr. Das gr. Eröffnungsprogramm mit dem neuen Schläger: Knorp's sel. Witwe und „Anschluß verpaßt“. Singpiel mit Viktor Litze. Volkstümliche Preise. Rose-Theater. 7 1/2 Uhr. Ein Walzertraum.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr. Hansi Arnost in Untreu. Sonntag 4: Der Störenfried. Apollo-Theater. 7 1/2 Uhr. Theater 7 1/2 Uhr. Dir. James Klein. Paul Beckers. mit seiner urkom. Varieté-Gesellschaft 4 Millions Meister-Akrobaten Carl Reinsch. 1. preisgekürzte beste Schulleiter u. weitere 8 August-Sonnt.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Untergrundbahn Klosterstr. Allabendlich 8 Uhr. Der große Erfolg! Die Raschhoffs. Sonntag 4: Der gute Ruf. Theater am Nollendorf-Platz. Sonntag, 6. 15. August nachm. 7 1/2 Uhr. Drei alte Schachteln. Einmaliges Auftreten: Lotte Grete Freund Auguste Claire Waldoff Cornelius Rich. Senius. Theater a. Kottbus-Tor. Tel.: Moritzplatz 14814. Täglich 7 1/2 Uhr. Elite-Sänger. Vollständig neues Programm. Blüthen-Konzert, Beginn 7 Uhr. Vorvk. 11-12, 4-6 U.

Admirals-Palast. 7 1/2 U.: Flirt in St. Moritz. Circus Busch. Gebäude. Täglich 7 1/2 Uhr. Gr. Spezialität-Vorst. 7 Perlas 7. Reichshall-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr. Stettiner Sänger. Dönhofs-Brett! 1. Akt. 7 1/2 U. Garten u. Saal / Sonnt. 5 U. METROPOL. VARIETE-KABARET. Eintritt frei. Adi-Haus. Taubenstr. 34 - Ztr. 1052. Lowerri / Franz Ronahn Paul Matincik Lotti Janowski Bertha Loewe / Theo D'or Tom Black / Eugen Mack Lucie Delburg Ann Lehmann A. Liebans Meisterquart. Hans Wih. Bachmann Adolf Lieban. Eratkl. Küche, ff. Weine Mokka, Tee, Schokolade Beginn 7 Uhr. Eintritt frei. Zinn, rein, 35 M. Durch. vierst. Gold. Silberbesch. Metall, allerhöchste Preise. Blüthenmelde. Weinseifenstr. 17, Moritzpl.

Varieté-Casö Moritzplatz. Craniengröße 53-54. Walter Pintus 2 Elrados Molly & Fox und das große Varieté-Programm. Heinrich Schulz: Sozialdemokratie und Schule. 200. 1.50. Dr. Otto Baumot: Der Volkstheater im Volksstaat. 200. 1.20. Dr. Richard Schmann: Die Arbeit im Elternbeirat. 200. 1.50. Heinrich Dabbe: Die weltliche Schule. 200. 1.50. Dr. Max Apel: Die Volksschule als Einheitschule. 200. 1.25. 20% Zuschlag. Buch Vorwärts. Lindenstr. 2.

Möbel. Bar oder Teilzahlung. bei kleinster An- u. Abzahlung zu billigsten Preisen. Schlafzimmer Wohnzimmer Herrenzimmer Speisezimmer Bunte Küchen Einzelne Möbel. Liefere auch n. auswärt. Lagerung kostenlos. Möbel-Cohn. Gr. Frankfurter Str. 58. 5 Min. vom Alexanderplatz. Filiale: Badstr. 47-48. 5 Min. v. Bf. Gesundbr. Kupfer .. 11,50 Rotguß .. 10,50 Messing .. 5,75 Blei, Zink 3,00 Quecksilber 65,00 Schulzendorfer St. 2 Kösliner Str. 6. Stellenangebote. Buch-Juarbeiterin für Blumensort. u. hohes Gehalt. Sabor, Frankfurt a. M. 18. 15/14. Redakteurstelle besetzt! Allen Bewerbern besten Dank. 18/2. Pressekommission der „Königsberger Volkszeitung“ A. Stamer.

Neu renoviert! Konzert-Café Neu renoviert! ORIENT. Strausberger Platz. 5 Minuten vom Alexanderplatz. Erstklassiges Kabarett. Wiedereröffnung: Heute Sonnabend, 7 Uhr. Gute Getränke und Küche. Beliebte Hauskapelle Hamold.

Schloßbrauerei Schöneberg. Hauptstr. 121/32. Dir.: E. Krämer. Fernsprecher: Stephan 1691. Heute Sonnabend, 14. Aug. Fortsetzung des Entscheidungskampfes Pinetzk gegen Hawitschek. Nachdem: H. Schwarz gegen De Souza. Außerdem: Entscheidungss. Petitjean gegen Reiber.

Winter-Garten. Täglich 7 1/2 Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet! Sommerth. GROSS-BERLIN (Kilom) Hasenheide 15. Tgl. 8: Courths-Mahlerl vom Ufer. Schausp. v. Courths-Mahler (nach d. gleichnam. Roman in d. „Berliner Hausfrau“). Ab 3 1/2: Konzert u. Speziall. Vorverk. ab 10 U. a. d. K.

Adolf Lieban. Eratkl. Küche, ff. Weine Mokka, Tee, Schokolade Beginn 7 Uhr. Eintritt frei. Zinn, rein, 35 M. Durch. vierst. Gold. Silberbesch. Metall, allerhöchste Preise. Blüthenmelde. Weinseifenstr. 17, Moritzpl.

Kupfer .. 11,00 Rotguß .. 9,50 Messing .. 5,00 Zink .. 2,60. All-Eisen. Jedes Quantum, zu höchsten Tagespreisen. Blumen-Fritz Behrens, Straße 71. Telefon: Köllnstadt (3409).